

warum
2022
nicht
1832
ist



#2022HAMBACH1832

Texte gegen
den Missbrauch
des Hambacher Festes

Herausgegeben von der
Initiativgruppe #2022HAMBACH1832
hambacherfest1832.blog/initiativgruppe-2022hambach1832

in Zusammenarbeit mit NOMADENpress e. V., Neustadt an der Weinstraße
nomadenpress.de

NOMADENpress edition 3
Mai 2022

ISBN 978-3-948167-04-2 (PDF)
ISBN 978-3-948167-05-9 (Druck)

Redaktion: Rainer Steen und Ulrich Riehm (Freundeskreis Hambacher Fest von 1832)
Layout: Julian Steen (juliansteen.de)

Die Artikel der Broschüre unterliegen der Creative Commons-Lizenz CC BY 4.0.
Eine Erläuterung zu dieser Lizenz unter creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de.

Gemäß dieser Lizenz können Beiträge nachgedruckt oder anderweitig weiterverbreitet werden, wenn die Urheber*innen mit vollständigen bibliografischen Angaben genannt werden. Ein Link auf die Erstveröffentlichung soll gesetzt werden. Wir bitten um eine Information über den Nachdruck oder die elektronische Weiterverbreitung.

Die gedruckte Ausgabe kann bestellt werden über die Mail-Adresse 24jpg52@posteo.de.
Wir bitten um eine Spende von mindestens 5 Euro auf das Konto Kreativ für Menschenrechte e.V., IBAN: DE96 5486 2500 0002 7622 18, BIC: GENODE61SUW,
Betreff: Gesicht zeigen.

Die PDF-Version ist abrufbar auf dem Hambach-Blog hambacherfest1832.blog

#2022HAMBACH1832



Einleitung

Von Rainer Steen

190 Jahre Hambacher Fest! Der 27. und 28. Mai 1832 ist ein stolzes Datum für den historischen Aufbruch in die deutsche Demokratie, ein Fest der 30.000 für Menschenrechte, Meinungsfreiheit und ja, auch für internationale Solidarität, das bis heute nachwirkt – und Anlass ist für ein Demokratiefest an historischer Stätte.

Was es damals allererst zu erkämpfen galt, scheint hierzulande heute für viele auf den ersten Blick selbstverständlich und unbezweifelbar. Aber dieser Blick trügt. Unter den wechselnden Fahnen von demokratiemüden Impfskeptiker*innen, demokratiefernen Verschwörungsgläubigen, demokratiefeindlichen Rechtsextremisten unterschiedlicher Färbung und weiteren Protagonist*innen einer fragwürdigen »Systemkritik« versammelt sich eine demokratiekritische Menge, die unsere Gesellschaft auf dem Weg in Diktatur und Meinungsunterdrückung – und sich dagegen im Widerstand – wähnt.

Zu den strategischen Zielen ihrer Vor-Denker gehören Versuche, demokratische Traditionen und Symbole nach Kräften zu »besetzen« und umzudeuten. So auch das Hambacher Fest!

Nach mehreren Auflagen eines weit nach rechts ausschlagenden »neuen« Hambacher Festes mit seinem Initiator Max Otte soll es zum 190. Jahrestag einen »Marsch der 30.000« auf das Schloss geben, sozusagen als Kontrapunkt zum Demokratiefest, an dem sich neben der Stadt Neustadt und der Stiftung Hambacher Schloss viele demokratieverbundene Initiativen beteiligen.

Diese Broschüre ist Ausdruck einer zivilgesellschaftlichen Initiative, die sich einer gewollten Beschädigung demokratischer Errungenschaften entgegenstellt, mit ganz unterschiedlichen Beiträgen zu den historischen und den aktuellen Geschehnissen rund um das Hambacher Fest. Und mit einem klaren Bekenntnis der Initiator*innen zum demokratischen Diskurs: Sie laden ein zum An-Denken, Nach-Denken und Mit-Denken.

Rainer Steen, Mannheim, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832

Inhalt

Einleitung 3

Teil I Von Max Ottes sog. neuen Hambacher Fest zu Wolfgang Kochaneks »Giga-Demo« am 28.5.2022

Kochaneks Provokation des Neustadter Demokratiefestes am
190. Jahrestag des Hambacher Festes 7

Das Hambacher Fest im Fokus antidemokratischer Propaganda 12

Markus Kralls Aufruf zur bürgerlichen Revolution und zur
Abschaffung des Grundgesetzes 17

Das »Neue Hambacher Fest« und die Strategie der Neuen Rechten 20

Demokratiekonflikte und das Hambacher Schloss 23

Fünf Jahre Auseinandersetzung um das Hambacher Schloss
– eine Chronologie 2018–2022 27





Teil II Aspekte des historischen Hambacher Festes von 1832

Neustadt – Epizentrum der Pfälzer Revolution von 1848/49	33
Das Hambacher Fest von 1832 – Ursachen, Verlauf, Folgen	38
Das Hambacher Fest und die Geburt der freien Presse	45
Demokratie »von unten«: Die Bedeutung des Hambacher Fests für den 1848er Julius Fröbel	50
Initiativgruppe #2022HAMBACH1832	53
Spendenaufruf	54
Gesicht zeigen – Demokratie leben – Programm am 28.5.2022	55

Teil I

Von Max Ottes
sog. neuen
Hambacher Fest
zu Wolfgang
Kochaneks
»Giga-Demo«
am 28.5.2022



Kochaneks Provokation des Neustadter Demokratiefestes am 190. Jahrestag des Hambacher Festes

Von Ulrich Riehm

Man kann sich Dr. Wolfgang Kochanek – Mitte 60, Chemiker, Neustadter Unternehmer, Vollbartträger – gut als einen FDP-Anhänger vorstellen: Vertreter des freien Unternehmertums, Bürokratiekritiker, Verteidiger individueller Freiheiten, Kritiker allzu strenger Coronamaßnahmen – aber geimpft und geboostert –, gegen Umverteilung und einen überbordenden Fürsorgestaat, Freund des technischen Fortschritts, Gegner der Gender- und anderer »Liberwissenschaften«. Doch warum wird die Person Kochanek zum Thema in dieser Broschüre?

Ankündigung einer Großdemonstration für den 28. Mai 2022

Kochanek hat für den 28. Mai, dem 190. Jahrestag des Hambacher Festes, eine Großdemonstration mit 30.000 Personen angemeldet. Schon länger ist bekannt, dass die Stadt Neustadt und die Stiftung Hambacher Fest an diesem letzten Mai-Wochenende ein Demokratiefest feiern wollen, was eine gute Sache ist. Das Fest soll sowohl auf dem Marktplatz als auch auf dem Schloss stattfinden – und auf dem Weg von der Stadt zum Schloss. Die gleichen Plätze zur gleichen Zeit will Kochanek mit seinen 30.000 »bespielen«.

Das kann nicht funktionieren – schon physikalisch ist das schwer vorstellbar. Das müsste doch dem Naturwissenschaftler Kochanek einleuchten. Wo ein Körper in Raum und Zeit vorhanden ist, kann kein anderer Körper diesen Platz in dieser bestimmten Zeit einnehmen. Oder der »Fremdkörper« kommt mit viel Energie und verdrängt den vorhandenen. Vielleicht schwebt Kochanek das vor. Mit 30.000 mal kurz das Demokratiefest »verdrängen«. 250.000 Euro stellen er und andere Unternehmer für diese Aktion zur Verfügung.

Er hätte sich auch am Demokratiefest mit eigenen Vorschlägen beteiligen können. Stadt und Stiftung hatten dazu aufgerufen und viele sind diesem Ruf gefolgt.

Was sich da an diesem 28.5. zusammenbraut, weiß heute noch keiner. Aber wenn ein Neustädter Unternehmer 30.000 am 190. Jahrestag des Hambacher Festes zu einem »Marsch auf's Schloss« aufruft, ist das schon Anlass, sich mit diesem Menschen, seinen Absichten und seinem Umfeld zu beschäftigen.

Ein unsteter Geist

Ob er FDP-Anhänger war oder noch ist, wie oben spekuliert, wissen wir nicht. Vielleicht ist er eher ein unsteter Geist, immer nach neuen Ufern Ausschau haltend. So war er zunächst Chemiker bei der BASF, eine gut geführte Firma, wie er sagt. Dort habe er eine »beachtliche Karriere« gemacht, sagt er von sich. Es war aber offenbar nicht seine Welt. In der abgewickelten DDR bot sich die Chance, zusammen mit der Treuhand ein High-Tech-Unternehmen aufzubauen, und bald ging es auch nach Russland, wo er sich in eine Chemiefirma eingekauft hatte.

In Neustadt forscht er seit vielen Jahren an »grünem Stahl«. Gemeint ist damit ein Stahl, der für seine Produktion deutlich weniger Energie benötigt als herkömmlicher Stahl und nicht als Rohling, sondern gleich als Fertigteil produziert wird, was weitere Einsparungen an Energie und Material verspricht. Das klingt richtig grün und nachhaltig. Aber bei der Grünen Partei war Kochanek wohl noch nicht, dafür eine Zeitlang bei Attac, später dann bei den Piraten, für die er sogar zum politischen Geschäftsführer des Neustädter Stadtverbands gewählt wurde. Aber eigentlich bezeichnet er sich als eher unpolitisch. Was nicht so ganz stimmen kann, nicht nur wegen der Demonstration am 28.5., sondern weil er vor einiger Zeit angekündigt hatte, vielleicht mit anderen »Kreativen« bei der nächsten Stadtratswahl zu kandidieren.

»Ich kenne keine Parteien mehr«

Über seine Großdemonstration am 28.5. ist noch wenig bekannt. Kochanek will von rechts, von links und von der Mitte Redner einladen, vielleicht auch eine Rednerin. Aber die Redner*innenliste ist noch nicht veröffentlicht. Das Motto der Demonstration ist etwas langatmig: »Die aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland als Wiederholung der Geschichte zwischen 1918 und 1930, aufgezeigt am Beispiel der Themen Exodus der wertschöpfenden Industrie; Ersticken jeglicher Initiative durch nicht mehr überschaubare Verwaltungsvorschriften; Einschränkung der bürgerlichen Grundrechte durch willkürliche Allgemeinverfügungen; inflationäre Enteignung des Bürgers.«

Hambach 1832 wie Neustadt 2022?

Gerne fühlt sich Kochanek in die Zeit von 1832 zurückversetzt. Damals absolutistische Fürstenherrschaft, Unterdrückung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, soziales Elend, Verurteilung der Hambacher Wortführer von 1832 zu Gefängnisstrafen oder deren erzwungene Flucht ins ausländische Exil. Und heute?

Meint Kochanek im Ernst, dass die heutigen Verhältnisse vergleichbar mit 1832 sind? Will er sich mit den Leuten gemein machen, die von der Merkel-Diktatur, von einer DDR 2.0 oder einer Corona-Diktatur fabulieren und dieses Zerrbild verbreiten?

Eine populistische Rede am 17.1.2022 in Neustadt

Hört man sich seine Rede am 17.1.2022 auf dem Neustadter Marktplatz an, dann kann man einen deutlichen populistischen Zungenschlag erkennen.

1. Ein typisches Element des Populismus ist, die große ökonomische und gesellschaftliche Krise zu beschwören. Da reiht er sich ein bei Max Otte (Welt-system Crash, 2019) und dem von Max Otte verehrten Markus Krall (Der Crash ist da, 2019). Die in Jahrzehnten aufgebaute wirtschaftliche Substanz werde von den politischen Eliten geopfert, so Kochanek in Neustadt. Große Teile der klein- und mittelständischen Unternehmen würden die nächsten zwölf Monate nicht überleben. Sparguthaben, Renten, Lebensversicherungen würden beim finalen Crash völlig in Luft aufgelöst. Und schließlich drohe als letzter Schlussakt in diesem Drama die Währungsreform. Wirtschaftlich sei es für viele Unternehmer drei Sekunden vor zwölf. In wenigen Monaten könnten tausende arbeitslose Bürger zusammen mit hunderten insolventen Unternehmern in einem hochinflationären Umfeld in Neustadt den sofortigen Rücktritt der Stadtführung verlangen. Das Leben der meisten Menschen, so Kochanek weiter, sei unkontrollierbar geworden. Wenn aber die Ungeimpften von Mitarbeitern des Ordnungsamtes demnächst wie Parias durch die Straßen getrieben würden, dann würden Straßenschlachten mit Toten die Bilder der Nachrichten dominieren. Und dann hätte sich die Geschichte von vor 100 Jahren nicht nur wirtschaftlich wiederholt, warnt Kochanek.
2. Ein zweites Element des Populismus ist die Gegenüberstellung von Volk und (politischer) Elite. Auch dieses bedient Kochanek mehr oder weniger wie aus dem Lehrbuch des Populismus: So zitiert er einen nicht näher

benannten Autor, dass die Politiker in Berlin zwar mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wurden, aber nicht die Mehrheit des Volkes repräsentierten. Und er sieht in den gegenwärtig stattfindenden Corona-Demonstrationen und (Montags-)Spaziergängen, dass »das Volk«, dessen Existenzgrundlage zerstört würde, aufsteht und gegen einen übergriffigen Staat die Stimme erhebt.

3. Dazu passt eine m.E. auch ehrabschneidende Kritik an den (Partei-)PolitikerInnen. Denen seien die Inhalte völlig egal, es ginge ihnen nur darum, ihre Nase in eine Kamera zu halten. Politiker seien in erster Linie auf der Jagd nach Quote. Was das für den Staat und seine Bürger für Konsequenzen habe, interessiere sie nicht. Eine Armada von Abzockern erleichterten den Staat um Milliarden, die auch in die Taschen von Politikern wanderten, so Kochanek. Auf seiner Demonstration am 28.5. will Kochanek deshalb auch keine der üblichen, bezahlten »Politclowns« der Parteien sehen.

... die Freiheit, selbst in den rechten Sumpf zu gehen ...

Gut einen Monat später, in der Zwischenzeit hatte Kochanek seine Giga-Hambach-Demonstration in die Welt gesetzt, hielt er am 19.2.2022 eine Rede in Landau bei einer Demonstration mit Kundgebung von Gegnern der Corona-Maßnahmen. Die Landau-Rede war kürzer als die Rede in Neustadt, dafür in der politischen Botschaft deutlich zugespitzter. Zwischenzeitlich hatte Kochanek wohl Max Otte – auch persönlich – kennen und schätzen gelernt, wobei man sich kaum vorstellen kann, dass er Max Otte, der seit 2018 das Thema Hambach in der Region zu besetzen versucht, nicht gekannt haben sollte.

In Landau spricht Kochanek jetzt von den »gleichgeschalteten Medien« und den »bezahlten Schreiberlingen«. In Deutschland dürfe man nicht mehr seine Meinung sagen, zitiert er eine Umfrage. Der Wohlstand sei seit vielen Jahren erodiert. Die Politiker in Berlin gehörten zu einer Kaste, die ihre eigene Macht für eigene Interessen schamlos missbrauchten.

Und jetzt kommt, was er einen Monat zuvor noch nicht gesagt, vielleicht sogar noch nicht gedacht hatte, die »Wir-leben-in-einer-Diktatur«-Behauptung. In Kochaneks Worten klingt das so:

Die angeblichen politischen Eliten, die im Hintergrund ihre eigene Agenda verfolgten, hätten alle Institutionen des Staates bis hin zum Bundesverfassungsgericht ausgehöhlt und mit ihren willfährigen Vasallen besetzt.

Man kann hier einen Menschen beobachten, wie er auf die »schiefe Bahn« nach rechts gerät und bis zum 28.5., wenn er nicht aufpasst, ganz unten im rechtsextremen oder neurechten Sumpf landet.

Ulrich Riehm, Mannheim, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832

Dieser Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung eines Blogbeitrags auf dem Hambacher-Blog (hambacherfest1832.blog) vom 17.4.2022.

Die Reden Kochaneks vom 17.1.2022 in Neustadt und vom 19.2.2022 in Landau sind in relativ schlechter Qualität im Internet nachvollziehbar. Das Manuskript seiner Neustadter Rede wollte Kochanek für eine gründliche Auseinandersetzung mit seinen Aussagen nicht zur Verfügung stellen. Dritte Quelle ist das Interview, das Kochanek dem Youtube-Kanal von Max Otte am 30.3.2022 gegeben hat.

Das Hambacher Fest im Fokus antidemokratischer Propaganda

Von Wilhelm Kreutz



Seit Jahren versuchen Rechtsextreme, Rechtspopulisten und Antidemokraten Organisationen bzw. Vereine zu unterwandern, die die demokratischen Traditionen Deutschlands pflegen, und schmücken – wie die AfD – ihre politischen Stiftungen mit klangvollen Namen der europäischen Geistes- oder Demokratiegeschichte, etwa dem bedeutendsten Humanisten Europas: Desiderius Erasmus.

Die nordrhein-westfälische AfD hat ihre Stiftung nach Immanuel Kant benannt und die baden-württembergische ihre nach Gustav Struve, dem Revolutionär von 1848/49.

Max Otte Initiator des sog. neuen Hambacher Festes

Für deutschlandweite Furore sorgten jedoch das 2018 von Prof. Dr. Max Otte aus der Taufe gehobene »Neue Hambacher Fest« und sein in der Folge gescheiterter Versuch, der »Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung« beizutreten. Otte, entpflichteter BWL-Professor der Hochschule Worms und von 2011 bis 2016 u.a. Teilzeitprofessor der Karl-Franzens-Universität Graz, ist seit 2005 zudem als Fondsmanager tätig; daneben war er von 2018 bis 2021 Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung, schied jedoch im Streit und übernahm kurze Zeit später den Vorsitz der »Werteunion«. Vor kurzem bewarb er sich als Kandidat der AfD vergeblich um das Amt des Bundespräsidenten.

Weniger bekannt ist, dass er 2017 zusammen mit dem rechtskonservativen belgischen Althistoriker David Engels und dem österreichischen Politologen Michael Thöndl die »Oswald Spengler Society« gründete, als deren Schatzmeister er den mit zehntausend Euro dotierten Oswald-Spengler-Preis auslobte. Wie aber passen Ottes Engagement für den antidemokratischen, republikfeindlichen Verfasser des »Untergangs des Abendlandes« oder von »Preußentum und Sozialismus« und sein Bemühen, an die demokratische Tradition des Hambacher Festes anzuknüpfen, zusammen?

Festzuhalten ist zunächst, dass Otte das »Neue Hambacher Fest«, das er als inzwischen wieder gelöschte Marke hatte eintragen lassen, 2019 und 2020 wiederholte. So ähnelte der Ablauf des ersten Fests vom 5. Mai 2018 der Dramaturgie des Maifests von 1832. Dem Marsch auf das Schloss voraus ging die programmatische Hambacher Erklärung 2018. An den Marsch, dem mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten, schlossen sich acht Reden im Festsaal des Schlosses an. Ein Jahr später wiederholten am 7. Juni 2019 gut dreihundert selbsternannte »Patrioten« den Marsch auf das Schloss, beendeten den Tag indes in einem nahe gelegenen Weingut. Am folgenden Tag lud der Veranstalter in den gut besuchten Neustadter Saalbau zu einem »Kongress für Frieden und Sicherheit in Europa« mit sieben Rednern. 2020 kamen, bedingt durch die Pandemie, aber auch durch einen Teilnahmepreis von 195 Euro, nur siebzig Personen hinauf aufs Schloss, um an einem Festbankett und der Verleihung des von Otte gestifteten »Preises für Zivilcourage und Bürgersinn« an Vera Lengsfeld teilzunehmen. Doch trotz der Unterschiede im Ablauf der Veranstaltungen änderte sich das politisch-programmatische Ziel nicht, das die Präambel von 2018 vorgab:

»Wir, die Organisatoren und Teilnehmer und Unterstützer des Neuen Hambacher Fests, stellen fest, dass Meinungsfreiheit, Rechts- und Sozialstaat in Deutschland in vielerlei Hinsicht beschädigt sind. Wir stellen mit Erschrecken fest, dass Zensur und zensurähnliche Praktiken wieder Einzug halten, dass die Diffamierung politisch Andersdenkender wieder an der Tagesordnung ist, dass die Mittelschicht durch eine verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik ökonomisch bedroht ist, dass Europa in einen neuen Kalten Krieg getrieben wird und dass eine verfehlte Einwanderungspolitik die Basis unserer solidarischen und bürgernahen Gesellschaft bedroht. Wir beklagen einen völligen Verfall inhaltlicher Substanz und moralischer Prinzipien in der Spitzenpolitik. Kanzlerin Angela Merkel, die diese Zustände zu verantworten hat, bleibt aufgrund einer weitgehend gleichgeschalteten CDU an der Macht [...].«

Parteiübergreifend?

Damit waren Kritikpunkte formuliert, die den Rahmen aller folgenden Reden absteckten: Um dem Vorwurf zu entgehen, die Veranstaltung folge nur einer politischen Richtung, waren 2018 Redner unterschiedlicher Parteien eingeladen: von der SPD Thilo Sarrazin, von der AfD Jörg Meuthen, von der CDU der langjährige Abgeordnete und Staatssekretär Willy Wimmer sowie Parteilose

wie der Ökonom Prof. Dr. Joachim Starbatty, der deutsch-libanesische Journalist, Islam-Kritiker und Kandel-Aktivist Imad Karim, der Geschäftsführer der Degussa Goldhandel GmbH und Autor u.a. des Bestsellers Der Draghi-Crash, Markus Krall, sowie die DDR-Dissidentin, Ex-Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen wie der CDU, Vera Lengsfeld. 2019 sprachen neben Imad Karim, Willy Wimmer und Markus Krall auch der Journalist, Verleger und Autor der Jungen Freiheit und des Kopp-Verlags, Bruno Bandulet, der Gründer des AfD-nahen Immanuel-Kant-Vereins und vormalige Professor für Politische Geographie, Mitglied der AfD und des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Rainer Rothfuß und der Schweizer Historiker Daniele Ganser. Die Veranstaltung von 2020 stand ganz im Zeichen Vera Lengsfelds.

Ins Zentrum der Auseinandersetzung rückten zum einen die Masseneinwanderung aus dem islamischen Kulturkreis und die durch sie heraufbeschworene Gefahr der kulturellen Überfremdung.

Beim zweiten Schwerpunktthema, der verfehlten Wirtschaftspolitik, wurde u.a. beklagt, dass Deutschland seine währungs- und geldpolitische Souveränität an Brüssel abgegeben habe und die Währungspolitik eine große Gefahrenquelle für den Zusammenhalt Europas sei. Der Zusammenbruch des europäischen, ja sogar ein neuer Black Friday des weltweiten Finanzsystems seien vorprogrammiert.

Ein dritter Schwerpunkt galt dem Abbau des Rechtsstaats und dem Verlust bürgerlicher Freiheiten. Die Bundesrepublik drohe zum Glaubens- und Umerziehungsstaat zu mutieren, in dem politisches Handeln nur noch aus moralischer Perspektive beurteilt werde. Politik und Gesellschaft fielen einer im Kern a-, ja antipolitischen political correctness zum Opfer. All dies gehe Hand in Hand mit der Erosion des Rechtsstaats: durch die wachsende Beschränkung der Meinungsfreiheit und die Zensur der »Mainstream-Medien«.

Widerstand gegen die »neofeudalistischen Sozialisten«

Markus Krall vertrat, die Freiheit werde von den Wegbereitern des totalitären Überwachungsstaates unterhöhlt. Im Gegensatz zu seinen Kollegen rief er zum Widerstand gegen die neofeudalistischen Sozialisten auf. In Anlehnung an Edgar Julius Jungs polemische Kampfschrift gegen die Weimarer Republik Die Herrschaft der Minderwertigen bescheinigte er den aktuellen Politikern Mittelmaßig- ja, Unfähigkeit und entlarvte sein Demokratieverständnis mit Thomas Jeffersons Diktum, dass der Baum der Freiheit von Zeit zu Zeit mit dem Blut der Patrioten und Tyrannen begossen werden müsse. Dies sei der Freiheit natürli-

cher Dünger. Dass diesem Aufruf zum gewaltsamen Umsturz sowohl während des Kongresses als auch danach weder Otte noch Personen seines Umfelds entgegentraten, unterstreicht, wie weit sich Teile der Rechtskonservativen der antidemokratischen Ideologie der Konservativen Revolution angenähert haben.

Bleibt mit den Worten Charlotte Danys anzumerken, dass Otte und seine rhetorischen Kombattanten ihre Referenz auf Hambach zum einen nutz[en], um [ihre] Ziele zu erläutern und ihnen Legitimität zu verschaffen. Damals wie heute gehe es um nationale Einheit, Freiheit und Volkssouveränität. Zum anderen dient ihr Vergleich mit den Zuständen von 1832 dazu, ihrer aktuellen politischen und gesellschaftlichen Kritik Nachdruck zu verleihen. Damals wie heute herrschten dunkle Zeiten; die Freiheiten der Bürger und der Rechtsstaat seien ebenso bedroht wie Wissenschaft und Kultur, da die Herrschenden Meinungs- und Pressefreiheit knebelten.

Max Otte und Oswald Spengler: antidemokratisch und ahistorisch

Dies ist der Punkt, an dem sich Ottos Eintreten für Hambach mit Oswald Spengler berührt, denn dessen Bücher passen – so Otte – gut in diese Zeiten: Corona-Chaos, Politikversagen, gefährdete Meinungsfreiheit, Überwachungsstaat. Seine [Spenglers] Ansichten und Prophezeiungen kann man mit ein bisschen Phantasie mit den Zuständen in unserem Land vergleichen. Überall das große Unbehagen: Schriftsteller, Journalisten, Künstler und Wirtschaftsbosse protestieren öffentlich gegen Zensur und moralische Gängelung. Die Parallelen liegen auf der Hand: Ottos Rekurs auf die antiabsolutistische Kritik der Hambacher an den Obrigkeitsstaaten des Deutschen Bundes und sein Rekurs auf die antidemokratische Polemik Spenglers gegen die Weimarer Republik folgen demselben Kalkül: sie sollen seine Kritik an der Politik der Bundesrepublik und seine Warnungen vor der am Horizont erkennbaren Katastrophe – dem Ende von Bürgertum und Mittelschicht, dem Ende von Freiheit und Frieden in Europa – legitimieren. Dabei bleibt Geschichte für Max Otte nur ein Zitatensteinbruch. Seine positive Beschwörung des Hambacher Geists ist völlig un- bzw. ahistorisch. Er gefällt sich darin, aus den Reden Siebenpfeiffers und Wirths ausführlich zu zitieren, um seinen staunenden Zuhörern dann zu offenbaren, dass dies nicht heute, sondern 1832 formuliert worden sei. Eine differenzierte Analyse der dunklen Zeiten des Vormärz unterbleibt jedoch ebenso wie die des Festes selbst. Ein Argument oder gar eine Interpretation, die zum besseren

Verständnis des Fests beitragen oder einen neuen Blick auf seine Umstände erlauben würden, sucht man vergebens. Es bleibt bei einer vordergründigen Parallelisierung historischer und aktueller Argumente – und die Polemik gegen die damals wie heute herrschenden Eliten enthebt Otte der Aufgabe, sich mit dem Hambacher Fest tiefergehend auseinanderzusetzen.

Prof. Dr. Wilhelm Kreutz, Vorsitzender der Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung

Der Beitrag ist die gekürzte und leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags beim Deutschen Historikertag 2021 in München.

Markus Kralls Aufruf zur bürgerlichen Revolution und zur Abschaffung des Grundgesetzes

Von Ulrich Riehm

Max Otte, der Impresario des sog. neuen Hambacher Festes, hat Markus Krall auf alle seine bisherigen Treffen eingeladen. 2018 und 2019 hielt Markus Krall eine der Key-note-Reden, wenn man das so nennen kann. 2020 dankte Krall für die Einladung, entschuldigte sich aber aus terminlichen Gründen. Vielleicht war ihm die coronabedingt eingeschränkte Zahl von 75 Gästen nicht der Mühe wert, nach Hambach zu kommen.

... ein Reformprogramm, umfassend, durchdacht und auf den Punkt gebracht ...

Ein besonderer Blick auf Markus Krall ist deshalb wichtig, weil er unter den nationalkonservativen, rechtspopulistischen und neurechten RednerInnen bei Ottes Veranstaltungen in Neustadt das Tor zum gewaltbereiten Rechtsextremismus weit aufmacht. Wer eine politische Einschätzung des neuen Hambacher Festes gewinnen will und dabei Markus Krall nicht sorgfältig rezipiert, verschließt die Augen davor, dass Max Otte gerne den links blinkenden, wertkonservativen und liberalen Plauderer gibt, aber die Arme ganz weit nach rechts außen zu den Feinden unserer Demokratie öffnet. Otte ist der Biedermann, Markus Krall der Brandstifter. Otte will mit seinen Hambach-Veranstaltungen ein schwarz-braunes Bündnis schmieden. Braun steht für die Faschisten. Mit dem Begriff sollte man nicht leichtfertig umgehen. Aber Markus Krall ist ein Faschist besonderer Güte.

Lassen wir Kralls Crash-Prophetie beiseite. 2017 publizierte er das Buch mit dem Titel »Der Draghi-Crash«, 2019 hieß es dann »Der Crash ist da«. Sehen wir auch ab von Kralls nostalgischem Blick auf das Deutsche Kaiserreich und sein erkonservatives Gesellschafts- und Familienbild. Dass es für ihn nur Schwarz oder Weiß, Gut oder Böse, Gott oder Satan, Freiheit oder Knechtschaft gibt, gehört zu seiner durchaus verführerischen Rhetorik. Konzentrieren wir uns hier auf das, was er als politisches Programm vorschlägt und was Max Otte als ein »Reformprogramm – umfassend, durchdacht und auf den Punkt gebracht« lobt.



Die Systemfrage stellen und die Krise als Chance nutzen

In seiner Rede 2018 auf dem Hambacher Schloss führt Krall aus, dass die beschworene Krise die Chance böte, die Systemfrage zu stellen. Deswegen müsse das deutsche Bürgertum lernen, wie Revolution geht. In diesem Zusammenhang bringt er ein Zitat des US-Präsidenten Thomas Jefferson aus dem Jahr 1787, einem völlig anderen historischen Kontext, das nichts Gutes ahnen lässt: »Der Baum der Freiheit muss von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und der Tyrannen begossen werden. Dies ist der Freiheit natürlicher Dünger.«

Bei seinem zweiten Auftritt bei Otte 2019, jetzt im voll besetzten Saalbau in Neustadt, versucht er seinen Aufruf zur bürgerlichen Revolution mit dem Widerstandsrecht in Artikel 20 (4) des Grundgesetzes zu legitimieren. Dort heißt es: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese [grundgesetzliche] Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Man kann die Differenz zwischen Anspruch des Grundgesetzes und mangelhafter Umsetzung immer wieder beklagen und kritisieren. Wer aber behauptet, wir lebten bereits (fast) in einer Diktatur und die Gewaltenteilung funktioniere nicht mehr, und daraus ein Widerstandsrecht nach Artikel 20 (4) ableitet, will nicht unsere grundgesetzliche Ordnung stärken, sondern strebt eine andere Ordnung an.

Die bürgerliche Revolution

Diese skizziert Krall dann in seinem 2020 erschienen Buch mit dem sprechenden Titel »Die bürgerliche Revolution«. Scheinheilig bekennt er darin, dass die Demokratie zwar erstrebenswert sei, nur sei sie befallen von einem »selbsterstörerischen Keim der Korruption durch eine faule, aber gierige Mehrheit«, »die gerne eine Minderheit der Leistungsträger ausbeuten möchte«. So ist es nur konsequent, wenn Kralls »Verfassungsreform«, die die Kernbestandteile des Grundgesetzes eliminieren will, auf ein Wahlrecht zielt, bei dem nur diejenigen wählen können, die keine staatlichen Subventionen erhalten. »Jeder Wähler sollte wählen dürfen zwischen der Ausübung seines Wahlrechts und dem Recht auf Empfang staatlicher Transfers«. Wer auf Sozialhilfe, Bafög, Kindergeld, vielleicht sogar auf unentgeltlichen staatlichen Schulbesuch angewiesen ist oder diesen in Anspruch nimmt, wird ausgeschlossen vom demokratischen Wahlrecht. Wählen dürfen in Kralls Republik vielleicht noch die gern von ihm angeführten ca. 15 Millionen »Leistungsträger«, die »den Laden zusammenhalten«.

Abschaffung der demokratischen, parlamentarischen Republik

Republik? In seinem letzten Buch aus dem Jahr 2021 »Freiheit oder Untergang« wird noch klarer erkennbar, wohin Krall steuert: Sein »Parlament« wird auf 200 Abgeordnete verkleinert. Die Abgeordneten dürfen keiner Partei angehören und erhalten keine Diäten. Das Parlament darf sich nur an 60 Tagen im Jahr treffen. Auch der Kanzler darf keiner Partei angehören und wird direkt gewählt. Es gibt nur noch vier Ministerien: Finanzen, Auswärtiges, innere Sicherheit, Verteidigung. Andreas Kemper, einer der besten Kenner von Markus Kralls politischem Programm, nennt Kralls Staatsvorstellung einen »Minimalstaat«, der quasi bonapartistisch geführt wird. Das i-Tüpfelchen auf dieser Staatsvorstellung ist die Etablierung einer Wahlmonarchie, die auch zur Erbmonarchie werden kann. In ersten Fall wird der Wahlmonarch vom Parlament nominiert und vom Wahlvolk gewählt. Er ist mit weitreichenden Vetorechten gegen Entscheidungen der Legislative oder Exekutive ausgestattet. Das im Sinne Kralls eingeschränkte Wahlvolk der »Leistungsträger« kann sich aber auch für eine Erbmonarchie entscheiden. In diesem Fall kann das Wahlvolk nur einen Kandidaten zum »Monarchen« wählen, der einer bestimmten Familie entstammt.

Wer sich mit dem sog. neuen Hambacher Fest und Max Otte beschäftigt, darf Markus Krall nicht außer Acht lassen. Er repräsentiert eine der extremsten Strömungen im neurechten Spektrum – und das langjährige CDU-Mitglied Max Otte hat keine Hemmungen, sich an seine Seite zu stellen.

Ulrich Riehm, Mannheim, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832

Umfassende Analysen zu Markus Krall findet man bei Andreas Kemper auf seinem Blog andreaskemper.org.

Eine dreiteilige ausführliche Rezension zu Kralls Buch »Die bürgerliche Revolution« wurde auf dem Hambach Blog veröffentlicht
hambacherfest1832.blog/markus-kralls-aufruf-zur-revolution



Das »Neue Hambacher Fest« und die Strategie der Neuen Rechten

Von Charlotte Dany

Deutschland ist als republikanisch »verspätete Nation« wahrlich nicht mit demokratischen Leuchttürmen gesegnet. Einer der wichtigsten unter ihnen ist zweifellos das Hambacher Schloss bei Neustadt an der Weinstraße, auf dem sich 1832 die junge Demokratiebewegung konstituierte. Ausgerechnet dort findet seit 2018 das »Neue Hambacher Fest« statt, bei dem sich unter offensiver Bezugnahme auf das historische Ereignis einmal im Jahr selbsternannte Patriot*innen treffen, um die demokratischen Institutionen unter Beschuss zu nehmen. Die dortigen Reden sind geprägt von Ressentiments gegen Einwanderung, Euro und EU sowie die Corona-Maßnahmen.

Das »Neue Hambacher Fest« 2018–2020

Initiiert und maßgeblich organisiert wird das »Neue Hambacher Fest« seit 2018 von dem Ökonomieprofessor Max Otte, dem ehemaligen Vorsitzenden des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius Erasmus-Stiftung, ehemaligen Vorsitzenden der WerteUnion und grandios gescheiterten Kandidaten der AfD bei der Wahl zum Bundespräsidenten in diesem Jahr.

Bei den »Neuen Hambacher Festen« werden primär Reden gehalten, es wird scharf polemisiert und diffamiert, aber es wird auch Gitarre gespielt und festlich gegessen. Viele Redner*innen auf dem Fest stehen der AfD nahe, sind in der Desiderius Erasmus Stiftung aktiv und publizieren in rechten Verlagen. Die AfD war dort mehrfach prominent vertreten: 2018 beispielsweise hielt Jörg Meuthen eine Rede, 2020 war Tino Chrupalla zu Gast.

Vereinnahmung von Demokratieggeschichte als neu-rechte Strategie

Wäre das »Neue Hambacher Fest« lediglich ein solitäres Ereignis, könnte man es mit Fug und Recht vernachlässigen. Es ist jedoch Teil einer größeren Strategie der Neuen Rechten, Demokratie umzudeuten und dafür zentrale Erinne-

rungsorte deutscher Demokratiegeschichte zu vereinnahmen – insbesondere Orte der 1848er Revolution. Die Vereinnahmung der Geschichte für die eigene Demokratiekritik ist ein bekanntes Instrument von Populist*innen und Neuen Rechten, wie die Historiker*innen Andreas Audretsch und Claudia Gatzka in ihrem Buch *Schleichend an die Macht* (2020) schreiben: »Neue rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen« verfolgten die »Gesamtstrategie«, durch die Umdeutung und Instrumentalisierung von Geschichte »die Gesellschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern, ihre basalen Werte in Frage zu stellen und durch neue Werte zu ersetzen«. Genau das versuchen die Initiator*innen des »Neuen Hambacher Festes« mit ihrem Bezug auf die Geschichte des Hambacher Festes von 1832.

Tarnung für Nationalismus

Der Bezug auf das Demokratische des Hambacher Festes ist also durchaus als Tarnung für das Nationalistische zu verstehen und reiht die Initiator*innen des »Neuen Hambacher Festes« in die Reihe jener Neuen Rechten ein, die ihre anti-demokratischen Vorstellungen hinter einer demokratischen Fassade verstecken. Bewusst beziehen sie sich dabei auf eine historische Zeit, die vor dem Nationalsozialismus liegt und in der Begriffe wie »Vaterland« noch unschuldig waren, weil sie noch nicht im Zusammenhang mit den späteren Verbrechen des deutschen Nationalstaats standen. Es wäre daher eine Untertreibung, diese Veranstaltung als »nationalkonservativ« zu beschreiben, wie es beispielsweise der Mainzer Historiker Andreas Rödder in einem Interview des SWR getan hat. Denn das übersieht die eigentliche nationalistische Bestrebung: erst einmal etwas Erhaltenswertes zu konstruieren, das dann (konservativ) erhalten werden kann. Es liegt also näher, die Veranstaltung in die Strategie der Neuen Rechten einzuordnen.

Eine anti-demokratische Veranstaltung

Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, das »Neue Hambacher Fest« nicht als anti-demokratische Veranstaltung ernst zu nehmen. Die ständige Diffamierung von Politiker*innen und Medienvertreter*innen macht den politischen Gegner zum Anderen, mit dem keine Demokratie mehr möglich ist und wird zur Diskursverweigerung. Diskursverweigerung aber bedeutet Demokratieverweigerung. Die nationalistische Forderung nach Fremdenabwehr und der angestrebte sozialstaatsfeindliche Wahlrechtsentzug, eine Forderung von Max

Ottes Redner Markus Krall, legen nahe, die Demokratie nur als Verwirklichungsraum einer »vorpolitischen« Nation zu begreifen. Indem aber die Nation der Demokratie übergeordnet wird, kippt der Protest gegen Zuwanderung, Sozialstaat und Anti-Corona-Maßnahmen ins Anti-Demokratische.

Dr. Charlotte Dany, Geschäftsführerin der Friedensakademie Rheinland-Pfalz an der Universität Koblenz-Landau

Dieser Beitrag ist ein leicht überarbeiteter und aktualisierter Auszug aus dem Text »Bürgerliche Antidemokraten: Max Otte und das ‚Neue Hambacher Fest‘« von Charlotte Dany, erschienen in Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2021, S. 97–104, www.blaetter.de/ausgabe/2021/august/buergerliche-antidemokraten.



Demokratiekonflikte und das Hambacher Schloss

Von Oliver Eberl



Was sind Demokratiekonflikte?

Wer heute auf einer Demonstration ein Plakat mit der Aufschrift »Wir sind das Volk« trägt, versichert sein demokratisches Anliegen: das Volk hat in der Demokratie das Recht, Forderungen zu erheben, sich zu beschweren, demokratische Innovationen zu verlangen und auf »die da oben« zu schimpfen. Es darf die Regierung anklagen und ihr Fehlverhalten vorwerfen. Die Freiheit, genau dies zu tun, wurde 1832 auf dem Hambacher Fest gefordert. Auch in der Forderung nach »Volksouveränität« steckt dieser Sinn: Gesetzgebender Souverän ist nicht der König, sondern das Volk (wer immer dies dann konkret auch sein mag). Und mehr noch: Das Volk muss sich dazu eine Verfassung geben und hat immer das Recht, die bestehende Verfassung zu ändern – daher die Forderung nach einer Verfassung beim Hambacher Fest. Das bedeutet auch, dass Demokratie nie abgeschlossen ist, dass es immer Konflikte um sie geben muss, weil das Volk stets neue Einsichten über seinen demokratischen Zustand gewinnen kann, die zu Forderungen nach Änderungen führen.

Heute verweisen die Demonstrationen mit dem Hinweis »Wir sind das Volk« darauf, dass sie einen Konflikt um die Demokratie führen wollen, dass die Demokratie geändert werden muss, weil falsche Entscheidungen von den falschen Leuten getroffen würden. Manche Proteste steigern sich dabei sogar in die Überzeugung hinein, dass sie sich im Widerstand gegen eine Diktatur befänden. Dieser Impuls führte auch zum sogenannten »Neuen Hambacher Fest« und machte damit das Hambacher Schloss zum Austragungsort eines Demokratiekonflikts. Dabei ermöglicht es die Doppeldeutigkeit des Volksbegriffs den Organisatoren – als demokratietheoretischer und als ethnischer Begriff – das Volk der Demokratie ethnonationalistisch als »deutsches Volk« zu deuten.

Nutzung oder Missbrauch des Hambacher Schlosses? – Deutungskämpfe

Daher ist es ein gravierendes Missverständnis der Stiftung Hambacher Schloss gewesen, die Buchung des Hambacher Schlosses durch die AfD-Fraktion des

Landtages Rheinland-Pfalz und durch den jüngst von der AfD für das Bundespräsidentenamt vorgeschlagenen Max Otte als neutrale »Nutzung« zu behandeln. Genau dies spielt den Versuchen, diesen eminent wichtigen Ort der Demokratiegeschichte zu vereinnahmen und in die neu-nationalistische Erzählung der deutschen Geschichte zu integrieren, in die Hände. Dies ist umso problematischer, weil das Hambacher Schloss offenbar zu diesem Zeitpunkt ein ambivalentes Selbstverständnis hatte: Einerseits hat es sich als besonders geeignete Mehrzweckhalle für Feierlichkeiten betrachtet, andererseits hat es auf seinen öffentlich-demokratischen Charakter verwiesen, der Parteien nicht einfach von der Nutzung ausschließen kann. Dies beunruhigte regionale, zivilgesellschaftliche Gruppen, z.B. den Freundeskreis Hambacher Fest 1832, so dass sie in der Folge gegen den »Missbrauch« des Schlosses protestierten und die Öffentlichkeit informierten.

Mittlerweile ist die Stiftung von dieser Position abgerückt und geht zielstrebig mittels rechtlicher und öffentlicher Aktivitäten gegen die Vereinnahmung vor. Dennoch ist eine allgemeine Verunsicherung zu spüren. Das Hambacher Schloss ist nicht der einzige demokratiegeschichtliche Erinnerungsort, der von einer Vereinnahmung durch eine nationalistische Lesart der Demokratie bedroht ist. Das hat der Politikwissenschaftler Herfried Münkler (2018) in einem der wenigen zu den Ereignissen erschienen Interviews zwar erkannt, aber dennoch den eher hemdsärmeligen Rat gegeben, man solle doch einfach die sensiblen Termine mit eigenen Veranstaltungen belegen und rechtskonservativen Veranstaltungen keine Aufmerksamkeit schenken. Das sieht man anlässlich des 190. Jahrestages: Zwar gibt es nun ein Demokratiefest auf dem Schloss. Das schützt jedoch nicht gegen Veranstaltungen an anderen Terminen und auch nicht gegen eine ideologische Vereinnahmung des Festes jenseits des Ortes. Auch der Wunsch des Bundespräsidenten, man möge das Hambacher Schloss vom Museum zum Gedenk- und Lernort für die Demokratie weiterentwickeln (Riehm 2022), zu der er flankierend die passenden Lehrbücher veröffentlicht (Steinmeier 2021), reproduziert historische »Meistererzählungen« und verschleiert somit politische Interessen. Statt Schulklassen zum Schloss zu fahren und ihnen das »richtige« Demokratieverständnis beizubringen, sollten sie lieber über aktuelle Konflikte um Demokratie informiert und in die Lage versetzt werden, mitzureden.

Umkämpfte Demokratie: Was tun?

Was es heute braucht, ist die Kompetenz, sich in Demokratiekonflikten zurecht zu finden und begründete Urteile über Positionen bilden zu können. Was ist eine berechtigte demokratische Forderung und was ist eine ideologische Umdeutung demokratischer Positionen? Die Engagierte Jugend Neustadt hat dies auf der Demokratiewoche der »Demokratiestadt« Neustadt diskutiert. Doch die feierliche Erklärung Neustadts zur »Demokratiestadt« könnte die Stadt in einem Sinne treffen, mit dem sie nicht gerechnet hat und auf den sie nicht vorbereitet ist: dass sie nämlich zum Austragungsort von Demokratiekonflikten wird, in deren Zentrum das Hambacher Schloss steht. Die Stadt steht dann vor der gleichen Frage wie der Ort der Demokratiegeschichte Hambacher Schloss: Was tun?

Stiftung und Stadt werden sich wappnen müssen, diese Rolle auszuhalten und aktiv zu gestalten. Mit der Verfestigung einer offiziellen Demokratieerzählung bei gleichzeitiger Engführung der Deutungsmöglichkeiten ist kein angemessener Umgang zu erreichen. Die Stiftung von Preisen trägt in diesem Sinne auch nicht zur Entwicklung der Demokratie bei. Preise bestätigen eher konformes Verhalten als dass dadurch Innovationen gefördert würden. Wenn der Bundespräsident a. D. Joachim Gauck den ersten Hambacher Freiheitspreis 1832 der Stadt Neustadt auf dem Hambacher Schloss erhält, bestätigt das nur den Eindruck einer elitären Demokratie. Demokratie muss offen bleiben für demokratischen, kritischen Protest. Und von den Konflikten darum, was das bedeutet, können sich Städte ebenso wenig abschirmen wie Erinnerungsorte gegen unliebsame Deutungen. Mit Demokratiekonflikten umzugehen, ist heute sicher die größte Herausforderung unserer Demokratie. Zu zeigen, wie sie aktiv zu bearbeiten sind, könnte die »Demokratiestadt« Neustadt tatsächlich zum Vorbild in Sachen Demokratie machen.

PD Dr. Oliver Eberl, Ko-Projektleiter des von der Gerda-Henkel Stiftung geförderten Projekts »Der Blick nach unten. Soziale Konflikte in der Ideengeschichte der Demokratie« an der Technischen Universität Darmstadt

Dies ist die leicht überarbeitete Fassung eines Beitrags vom 22.4.2022 auf dem Blog »Demokratiekonflikte« (medien.gugw.tu-darmstadt.de/wp/der-blick-nach-unten/demokratiekonflikte-und-das-hambacher-schloss).

Zitierte Quellen:

Münkler, Herfried (2018): Warum müssen wir um unsere Nationalsymbole kämpfen, Herr Münkler?, Mannheimer Morgen, 28.4.2018. Siehe dazu den Kommentar des Blogs des Freundeskreis: Münkler: Neues Hambacher Fest will Aussicht auf eine Koalition von CDU und AfD in Szene setzen hambacherfest1832.blog/muenkler-neues-hambacher-fest-will-aussicht-auf-eine-koalition-von-cdu-und-afd-in-szene-setzen

Riehm, Ulrich (2022): Das Hambacher Schloss von einem Veranstaltungsort zu einem Gedenk- und Lernort für die Demokratie weiterentwickeln. Bundespräsidialamt antwortet auf Neustadter Appell hambacherfest1832.blog/neustadter-appell

Steinmeier, Frank-Walter (Hg.) (2021): Wegbereiter der deutschen Demokratie: 30 mutige Frauen und Männer 1789-1918, C.H. Beck. Dazu auch die Hinweise seiner Ratgeber*innen: Steinmeier, Frank-Walter (Hg.) (2022): Zur Zukunft der Demokratie: 36 Perspektiven. Siedler Verlag



Fünf Jahre Ausein- setzung um das Hambacher Schloss – eine Chronologie 2018–2022

Von Ulrich Riehm

Bedeutende geschichtliche Ereignisse, Personen und Orte werden immer wieder zu Kristallisationspunkten der öffentlichen Auseinandersetzung. So auch beim Hambacher Fest von 1832 und dem Ort, an dem es stattfand, dem Hambacher Schloss in Neustadt an der Weinstraße. Diese Rezeptionsgeschichte des Hambacher Fest hat etwa Wilhelm Kreutz gründlich aufgearbeitet und darüber publiziert.

Die folgende Chronologie dokumentiert – ohne Anspruch auf Vollständigkeit –, welche Aktivitäten es in den letzten fünf Jahren gegen die Bestrebungen für ein »Neues Hambacher Fest« durch Max Otte gab.

April 2018 — Gründung des Freundeskreises Hambacher Fest von 1832

Der »Freundeskreis Hambacher Fest 1832« stellt sich die Aufgabe, die demokratischen und europäischen Ideen und Anliegen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hambacher Festes von 1832 aufzugreifen, zu stärken und gegen die Vereinnahmung rechtsnationalistischer Kräfte zu verteidigen. Er etabliert einen Blog hambacherfest1832.blog in aufklärender und mobilisierender Absicht. Der erste Blogbeitrag erscheint am 23.4.2018. Seitdem sind fast 100 Beiträge zum historischen Fest von 1832, den schwarz-braunen Aktivitäten von Max Otte und Co., zu den Reaktionen der Stiftung Hambacher Schloss sowie den Aktionen der Zivilgesellschaft erschienen.

Anfang Mai 2018 — Erklärungen von Dirk Herber sowie der Hambach Gesellschaft zusammen mit der Siebenpfeiffer Stiftung

»Hier wird das Hambacher Schloss von Menschen zu einer Bühne gemacht, die wenig bis nichts von den Idealen des Hambacher Festes von 1832 verstanden haben. Herr Otte beschreibt sich selbst als wertkonservatives CDU-Mitglied und wirbt im gleichen Atemzug für die AfD, eine

europafeindliche Partei, deren Menschenbild nicht mit christlichen Werten zu vereinbaren ist.« (Dirk Herber, Mitglied des Landtags für die CDU)
»Gewiss kann es kein Monopol der Interpretation Hambachs oder des Hambacher Erbes geben. Das Hambacher Fest 1832 war nicht zuletzt eine Manifestation der Redefreiheit. Dennoch fragen wir, wie ernst die Redner des ‚Neuen Hambacher Fests‘ das zentrale Anliegen ihrer ‚Vorväter‘ nehmen, besonders das Bekenntnis zu Europa und die Solidarität mit aus ihrer Heimat Vertriebenen.« (Hambach Gesellschaft und die Siebenpfeiffer-Stiftung)

5. Mai 2018 — Kundgebung gegen Ottes neues Hambacher Fest

Das vor Ort in Neustadt verankerte Regionale Bündnis gegen Rechts ruft zu einer Kundgebung vor dem Schloss auf, die von weiteren Gruppen, u.a. auch dem Freundeskreis Hambacher Fest, aktiv unterstützt wird. Im Aufruf des Bündnisses hieß es u.a. »Das Regionale Bündnis gegen Rechts Neustadt wehrt sich gegen den Versuch, die liberale Tradition des Hambacher Festes für neurechte, illiberale Haltungen zu vereinnahmen.«

Juni 2018 — Offener Brief an Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Eine Gruppe Hambacher BürgerInnen fordert in einem offenen Brief an die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, das Hambacher Schloss ausschließlich als Kulturdenkmal zu nutzen, und nicht als Gemeindehalle für x-beliebige Veranstaltungen. Kulturdenkmäler müssten einem besonderen Schutz unterstellt werden, damit sie nicht instrumentalisiert und missbraucht werden können. Die Antwort der Ministerpräsidenten im August 2018 bleibt für die InitiatorInnen des Offenen Briefs enttäuschend. Darin heißt es u.a., in einem Gerichtsurteil 2016 sei geklärt worden, dass die Stiftung Hambacher Schloss ihre Räumlichkeiten allen politischen Gruppierungen zur Verfügung stellen müsse.

Juni 2018 ff. — Auseinandersetzung zwischen Hambach Gesellschaft und Max Otte

Die schon erwähnte Hambach Gesellschaft, ein kleiner Verein von Historikern und interessierten Bürgern, erhält kurz nach Ottes erster Veranstaltung einen Stapel Neuanträge auf Mitgliedschaft, u.a. von Max Otte. Die Hambach Gesellschaft erkennt darin den Versuch von Max Otte und seinen Anhängern, die Hambach Gesellschaft zu kapern und lehnt die Mitgliedsanträ-

ge ab. Otte und weitere Personen klagen gegen die Hambach Gesellschaft, kommen aber in zwei Instanzen mit ihrem Begehren nicht durch. Otte zieht im Oktober 2020 seine Klage vor dem Amtsgericht Neustadt zurück.

Juli 2018 — Neustadter Appell – Antwort des Bundespräsidenten

Das Regionale Bündnis gegen Rechts initiiert den an Bundespräsident Steinmeier gerichteten »Neustadter Appell«, in dem u.a. »Keine Vereinnahmung der ‚Wiege der deutschen Demokratie‘ durch fremdenfeindliche und nationalistische Parteien und Organisationen« gefordert wird. Insgesamt werden 3.000 Unterschriften gesammelt und der Appell im September 2021 nach Berlin übermittelt. In einem Antwortschreiben des Bundespräsidialamtes heißt es dazu: Der Bundespräsident teile das Anliegen, »dass einer Vereinnahmung dieses Ortes durch Rechtspopulisten, die kein historisches Anrecht auf diesen Ort und seine Ideale der Völkerverständigung und der freiheitlichen Demokratie haben, entgegengetreten wird.« Er unterstütze das Bestreben, das Schloss zu einem modernen und aktiven Gedenk- und Lernort für die Demokratie weiterzuentwickeln.

8. Juni 2019 — Demokratiefest in Neustadt

Am Tag von Ottes zweitem »neuen« Hambacher Fest im Saalbau in Neustadt initiiert das Regionale Bündnis gegen Rechts gegenüber dem Saalbau ein buntes, gut besuchtes Demokratiefest mit Rede- und künstlerischen Beiträgen.

Oktober 2019 — Forderungen an die Stiftung Hambacher Schloss

Der Freundeskreis Hambacher Fest von 1832, das Regionale Bündnis gegen Rechts und der Vorsitzende der Hambach-Gesellschaft, Prof. Dr. Wilhelm Kreutz, wenden sich an den Vorstand der Stiftung Hambacher Schloss mit der Forderung, er möge seine passive Haltung gegenüber Max Ottes anhaltenden Aktivitäten mit Bezug zum Hambacher Fest korrigieren und sich deutlich gegen Max Otte positionieren. Eine Schließung des Schlosses und seiner Ausstellung für die Öffentlichkeit bei privaten Veranstaltungen müsse zukünftig verhindert werden und die bestehenden Möglichkeiten für ein Veto gegen Veranstaltungen solle der Stiftungsvorstand nutzen.

11.12.2019 — Informationsveranstaltung des Freundeskreises in Mannheim

In Kooperation mit der IG Metall Mannheim veranstaltet der Freundeskreis Hambacher Fest in Mannheim eine Informationsveranstaltung zu »Max Otte und seinem Versuch einer Kaperung des Hambacher Festes für eine rechtsgerichtete Sammlungsbewegung«

10.7.2020 — Öffentliche Erklärung zum sog. dritten neuen Hambacher Fest

Am 10.7.2020 veranstaltet Max Otte sein drittes Treffen, jetzt wieder auf dem Schloss, allerdings unter Corona-Bedingungen nur mit 75 TeilnehmerInnen. Am gleichen Tag wird eine parteiübergreifende öffentliche Erklärung von Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft veröffentlicht. Darin heißt es : »Wir sehen in Ottes Veranstaltungen in Neustadt einen Missbrauch des Hambacher Festes von 1832. Wer ... die politische Zensur der 1830er Jahre mit den heutigen Verhältnissen mehr oder weniger in eins setzt ..., der negiert die bis heute erreichten demokratischen und sozialen Errungenschaften von 1832 über 1848/49, 1918/19, 1945 bis 1989. ... Otte versucht mit seinem ‚Fest‘, ein rechtes Bündnis zu schmieden, das von den konservativen Strömungen in der CDU/CSU und Werteunion über die AfD bis zu offen rechtsextremistischen und gewaltbereiten Kräften reicht.«

29.9.2020 — Neustadter Stadtrat tagt auf dem Hambacher Schloss

Zum ersten Mal tagt der Neustadter Stadtrat auf dem Hambacher Schloss und fasst zwei wegweisende Beschlüsse: Einstimmig wird ein Grundsatzbeschluss »zur Profilierung von Neustadt an der Weinstraße als Demokratiestadt« und mit großer Mehrheit eine »Erklärung gegen die Vereinnahmung des Hambacher Schlosses« und gegen »demokratiefeindliche Veranstaltungen« auf dem Schloss verabschiedet.

10.5.2021 — Stiftung Hambacher Schloss: Maßnahmepaket gegen politisch motivierte Vereinnahmung

Mit klaren Worten positioniert sich die Stiftung gegen die anhaltenden Bestrebungen, das Andenken an das Hambacher Fest für eigene Zwecke zu missbrauchen: »Wer unsere rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie ... als eine ‚Diktatur‘ bezeichnet, wer sie mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus oder der SED-Diktatur vergleicht, der verharmlost jene Re-

gime und deren Verbrechen in einer Art, die fassungslos macht. ... Das durchschaubare Bemühen, sich selbst als Opfer zu stilisieren, überschreitet hier eine Grenze, die nach einem entschiedenen Widerspruch verlangt.« Bestandteil des Maßnahmenpakets ist auch eine Überarbeitung der Satzung und der Besucherordnung.

Mai–Juli 2021 — Demokratietage #2021HAMBACH1832

Die Initiativgruppe #2021HAMBACH1832 führt in Kooperation mit vielen lokalen PartnerInnen in der gesamten Rhein-Neckar-Region über 20 Veranstaltungen durch. Ziel ist es, Informationen über die Bedeutung des Hambacher Festes von 1832 und die aktuellen Gefährdungen durch rechtsgerichtete Kräfte in der Region zu verbreiten. Max Otte hatte ein viertes neues Hambacher Fest auch für das Jahr 2021 angekündigt, dann aber doch nicht realisiert.

Juni 2021 — Marke »Neues Hambacher Fest« gelöscht

Auf Antrag der Stiftung Hambacher Fest wird vom Deutschen Patent- und Markenamt die von Max Otte im März 2018 eingetragene Wortmarke »Neues Hambacher Fest« gelöscht.

Mai 2022 — #2022HAMBACH1832

Die Initiativgruppe #2022HAMBACH1832 organisiert ein politisch-kulturelles Programm »Gesicht zeigen - Demokratie leben«, das am 28.5.2022 als Bestandteil des Demokratiefestes von Stadt und Stiftung auf dem Marktplatz in Neustadt über die Bühne geht und gegen Kochaneks Provokation des Demokratiefestes mit seiner »Giga-Demo« Stellung bezieht.

Ulrich Riehm, Mannheim, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832

Zu allen in der Chronologie erwähnten Ereignissen findet man auf dem Hambach-Blog Berichte und Kommentare: hambacherfest1832.blog

Zur Rezeptionsgeschichte des Hambacher Festes siehe Kreuzt, Wilhelm: Das Hambacher Fest – ein spät ‚entdeckter‘ Erinnerungsort der deutschen Demokratiegeschichte. In: Clemens, Gabriele; Nieß, Ulrich (Hg.): Stadt und Erinnerungskultur (56. Tagung des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung in Mannheim 2019). Thorbecke Verlag, im Druck.

Teil II

Aspekte des historischen Hambacher Festes von 1832

Neustadt – Epizentrum der Pfälzer Revolution von 1848/49



Von Thomas Handrich

Die Demokratiebewegung Neustadts zwischen 1789 und 1849 ist in vielem verwoben mit den Ereignissen um das Hambacher Fest und seinem Erbe. An dieser Stelle möchte ich die bedeutende Rolle Neustadts während der Pfälzer Revolution von 1848/49 hervorheben. Hierzu gibt es – im Gegensatz zur Zeit des Hambacher Festes – (noch) keinerlei sichtbare Erinnerungskultur in Neustadt.

Zentrum der pfälzischen Demokratiebewegung 1848/49

In den Jahren 1848/1849 war Neustadt das pfälzische Zentrum der Demokratiebewegung. Die Februarrevolution in Frankreich hatte in vielen Ländern Europas die Hoffnung geweckt, dass nun die Zeit gekommen sei, die Allmacht der Könige und Fürsten durch eine Volkssouveränität zu ersetzen. Die Regierung Bayerns, wozu die Pfalz damals gehörte, versuchte zunächst die Lage durch Kompromisse zu beruhigen. Sie gestattete bereits im März 1848 in Neustadt die Bildung einer bewaffneten Bürgerwehr. Zu deren Gründungsmitgliedern zählten die »Hambacher« Dr. Philipp Hepp, Johann Philipp Abresch, Ignaz Rassiga und Dr. Klaus Klein. Wenig später wurden kommunale Neuwahlen abgehalten. Die neu gewählten Stadträte beschlossen, dass die Stadtratssitzungen zukünftig öffentlich abzuhalten und die Tagesordnung im Neustadter Wochenblatt vorab zu veröffentlichen seien. Als im Juni eine Gruppe Heidelberger Studenten in Neustadt »politisches Asyl« suchte – sie waren mit dem badischen Ministerium in Konflikt geraten und verließen daraufhin die Heidelberger Universität –, wurden sie von Neustadter Bürgern herzlich aufgenommen und über einen Monat versorgt. Auch der damalige bayerische Regierungspräsident der Pfalz, Johann Baptist von Zenetti, bezeichnete »Neustadt als Geburtsstätte aller Pfälzischen Volksversammlungen«.

Bedeutende Neustadter Volksversammlungen

Eine verfassungsgebende Nationalversammlung in der Paulskirche sollte für ganz Deutschland die absolutistische Herrschaft und Kleinstaaterei der vielen

Fürstentümer sowie der preußischen wie bayrischen Königshäuser ablösen. Bereits am 4. März 1848 wurde im Neustadter Schießhaus die erste größere Versammlung einberufen. Weitere Versammlungen folgten in den nächsten Wochen und Monaten. Am 11. Juni 1848 sprachen siebzehn Paulskirchenmitglieder und der Neustadter Dr. Philipp Hepp am Bahnhofsvorplatz in Neustadt zu einer ca. 10.000-köpfigen (!) Menschenmenge. Im Mittelpunkt stand die Rede des Abgeordneten der parlamentarischen Linken, Robert Blum. Wenige Monate später, am 19. November 1848, kondolierten Tausende Neustadter während einer Totenmesse in der protestantischen Kirche ihrem in Wien durch die Konterrevolution ermordeten Volkstribun.

Für den Verlauf der Pfälzer Revolution von 1849 gaben zwei Neustadter Volksversammlungen wichtige Impulse:

1. Am 28. April 1849 wurde in Neustadt für die große Pfälzer Volksversammlung am 2. Mai zur Verteidigung der Reichsverfassung geworben. Hier bestimmten die gemäßigten Redner den Ablauf: Sie appellierten an das bayerische und preußische Königshaus, die Verfassung anzuerkennen.
2. Wenige Tage später, am 6. Mai 1849, waren die Forderungen weitreichender. Der am 2. Mai in Kaiserslautern gebildete Landesverteidigungsausschuss sollte sich in eine provisorische Regierung der Pfalz umwandeln und von Bayern loslösen. Eine eigene Armee sollte aufgebaut und Bündnisse mit anderen Aufstandsbewegungen in Deutschland, vor allem mit Baden, geschmiedet werden. Der Präsident des Landesverteidigungsausschusses, Nikolaus Schmitt, erklärte auf der Versammlung, dass man das Endziel einer Republik »nicht proklamieren, sondern erkämpfen« müsse.

In einer Abstimmung auf dem Bahnhofsvorplatz wurde einstimmig die republikanische Regierungsform angenommen. Einen Tag später traf sich am Bahnhof ein Sensenkorps unter Führung des Arbeiterführers Valentin Weber, um bei Haßloch die gerade fertiggestellte Eisenbahnstrecke nach Ludwigshafen für einen befürchteten Aufzug preußischer Truppen unbefahrbar zu machen.

Zu den beiden Versammlungen kamen ca. 5.000 bis 8.000 Menschen. Teilgenommen haben daran nicht nur Neustadter Bürger*innen, sondern auch Sozialrevolutionäre und Handwerksgesellen aus allen Teilen Deutschlands.

Die Loslösung von Bayern und die Bildung einer eigenständigen Regierung mit eigener Armee, verbunden mit der Armee Badens, wurde am 17. Mai in Kaiserslautern beschlossen, wenn auch mit 15:14 Stimmen nur denkbar knapp. Eine große Minderheit aus den Pfälzer Kantonen stimmte gegen die Loslösung.

Sie starteten mit ihren politisch Anführern Friedrich Schüler, Ferdinand Culmann, Georg Jakob Stockinger, Georg Friedrich Kolb einen erneuten Versuch, die bayerische Regierung zur Anerkennung der Paulskirchenverfassung zu bewegen. Bayern hatte am 23. April, wie kurz zuvor Preußen, die Vorlage der Paulskirchenverfassung abgelehnt.

Die erstaunliche Mobilisierung und zunehmende Radikalisierung eines Teils der demokratischen Bewegung in Neustadt im Jahre 1849 hat eine weitverzweigte Vorgeschichte.

Wurzeln der Demokratiebewegung von 1848/49

Zur Vorgeschichte gehört, dass die Neustadter den Kampf der Pfälzer Landtagsabgeordneten im bayerischen Landtag zum Erhalt ihrer rechtsstaatlichen Privilegien, den rheinischen Institutionen, innerhalb Bayerns mit großer Anteilnahme begleiteten. Ging es doch darum, Presse- und Versammlungsfreiheit, Gewerbefreiheit, die dauerhafte Zurückdrängung des Einflusses von Adel und Kirche samt ihrer Privilegien und die französische Rechtsprechung zu verteidigen.

Das Ereignis des Hambacher Festes von 1832 blieb als Symbol des Aufstands für Freiheit und Einigkeit in der Stadt lebendig. So wurde im Mai 1848 der Jahrestag des Hambacher Festes feierlich zelebriert. Wie vielerorts in der Pfalz und in Rheinhessen bildeten sich in Neustadt ein Volksverein (Vorsitzender Dr. Philipp Hepp) und ein Demokratischer Verein (Vorsitzender Dr. Karl Klein). In den Hochzeiten der Bewegung 1848/1849 konnten Neustadter Leser*innen zwischen 5 (!) Lokalzeiten wählen.

Die Arbeiterbewegung betritt in Neustadt die historische Bühne

Eine Besonderheit Neustadts ist die Gründung des Arbeitervereins und dessen Einflussnahme auf das politische Geschehen in der Stadt. Er wurde im Januar 1849 gegründet und zählte rasch ca. 600 Mitglieder. Viele von ihnen waren Handwerker und Arbeiter, die in den neu entstandenen Fabriken um Neustadt und vor allem im Lambrechter Tal Arbeit gefunden hatten. Anführer waren der Neustadter Uhrmacher Johann Valentin Weber sowie die beiden Prediger Johann Heinrich Hochdörfer und Heinrich Loose. Wöchentlich, wenn auch nur für eine kurze Zeit, erschien die Arbeiterzeitung »Pfälzer Volksmann«. Während der Neustadter Volksverein um den wohlhabenden Dr. Philipp Hepp für die Reichsverfassung kämpfte, sahen die Anführer des Arbeitervereins in einer

sozial ausgerichteten Republik ihre Zukunft. Der vorhandene Reichtum sollte von Oben nach Unten umverteilt werden. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der Turn und Sportgemeinde Neustadt (TSG Neustadt), Adolf Buchheister, der bereits 1847 eine Teilung des Vermögens und die Einführung einer sozialen Republik forderte. Der Turnerverein besaß eine blutrote Fahne, welche die bayerische Regierung verbieten ließ.

Zum Verlauf der Pfälzer Revolution

Der Ablehnung der Paulskirchenverfassung durch das bayerische Königshaus am 23. April 1849 begegneten in Neustadt sowohl die Vertreter des Volksvereins um Dr. Philipp Hepp als auch die Vertreter der Arbeiterbewegung um Weber, Hochdörfer, Klein und Loose mit der Forderung, dass die ausgearbeitete Verfassung durchgesetzt werden müsse. Sie mobilisierten für die große Versammlung in Kaiserslautern am 2. Mai 1849. Beide Gruppen sprachen sich für die Ausrufung einer Provisorischen Regierung der Pfalz und damit für die Loslösung von Bayern aus, sowie für die Notwendigkeit der Bewaffnung. Hepp wurde sogar Finanzminister in der Pfälzer Revolution. Beide überschätzten allerdings die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich mit Haut und Haaren für die Revolution einzusetzen. In breiten Teilen des Bürgertums und in den Dörfern beobachtete man lieber die Situation, als sich selbst zu gefährden.

Die Unterschiede zwischen beiden Positionen lagen einerseits darin, dass für die Anführer der entstehenden Neustadter Arbeiterbewegung die soziale Ausrichtung der Republik das Hauptziel war. Diese Forderung konnten nur wenige Vertreter aus dem Besitzbürgertum unterstützen, richtete sie sich doch gegen ihre unmittelbaren Interessen. Des Weiteren unterschieden sich beide Lager in der Art der Kommunikation, im Tempo und in den Wegen, wie das Verfassungsprojekt der Paulskirche gerettet werden sollte. Die Anführer der Tagelöhner, Handwerksgesellen und Arbeiter setzten auf eine schnellstmögliche gewaltsame Erhebung. Heinrich Loose forderte bereits am 2. Mai in Kaiserslautern – nicht abgestimmt mit den Vertretern der Versammlung der Volksvereine – die sofortige Loslösung von Bayern bzw. die Ausrufung der Republik. Er scheiterte mit seinem Antrag in der Versammlung nur knapp. Das hinderte ihn nicht daran, mit seinen Anhängern unmittelbar danach die Republik auszurufen. Spätestens durch diese Aktion war das Band zwischen Heinrich Loose und den Vertretern der Volksvereine in der Pfalz zerschnitten.

Die kurze Zeit der Pfälzer Revolutionsregierung (17. Mai bis 14. Juni 1849)

Nach Bildung der Provisorischen Regierung der Pfalz am 17. Mai 1849 wurde der Neustadter Philipp Hepp Finanzminister der Regierung, während Karl Klein in Neustadt als Zivilkommissar versuchte, u.a. Geld für die Revolutionsregierung zu beschaffen. Bereits am 18. Mai 1849 wurde eine Zwangssteuer für Vermögende eingeführt und Beamte der Stadt mussten den Eid auf die Reichsverfassung ablegen. Zugleich begann Karl Klein Maßnahmen zu erlassen, die verhindern sollten, dass sich junge Männer durch Heirat der Einberufung in die entstehende Freischarenarmee entzogen. Dies ist als Hinweis zu deuten, dass die Bereitschaft, für die Revolution das eigene Leben zu riskieren, bei vielen jungen Neustadtern nicht vorhanden war. Andererseits wird in der Stadtgeschichte darüber berichtet, dass sich in diesen Wochen täglich Freiwillige für den Waffendienst meldeten. Viele der Freiwilligen, auch Freischärler genannt, waren Tagelöhner, Handwerksburschen, Sozialrevolutionäre aus ganz Deutschland sowie desertierte Soldaten aus der nahegelegenen bayerischen Festungsstadt Landau. Auch die prominenten badischen Aufständischen Gustav Struve und seine Frau Amalia Struve quartierten sich in Neustadt ein. Jedoch floh bereits am 14. Juni die Provisorische Regierung der Pfalz vor den Preußen von Kaiserslautern durch Neustadt Richtung Baden. Die Pfälzer Revolution 1849 sollte auch in Neustadt ein rasches Ende finden. Die juristische Verfolgung der vermeintlichen »Hochverräter« durch die bayerische Siegerjustiz in den Jahren danach ließ die Demokratiebewegung im Südwesten Deutschlands für viele Jahre verstummen.

Thomas Handrich, geboren 1961 in Ludwigshafen am Rhein, Politikwissenschaftler mit Schwerpunkten Osteuropa und Politische Bildung, zwischen 1995 und 2005 Referent für Ost- und Südosteuropa der Heinrich-Böll-Stiftung, anschließend u.a. Durchführung zahlreicher Politischer Radreisen (politische-radreisen.de) in die Demokratiegeschichte der Pfalz und Rheinhessens.

Dieser Aufsatz ist ein Vorprodukt meines Buches »Demokratieorte in RLP, Band 1: »Rheinhessen und Pfalz«, Herausgeber: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Erscheint im Herbst 2022.

Das Hambacher Fest von 1832 – Ursachen, Verlauf, Folgen



Von Wilhelm Kreutz

Am 27. Mai und in den Folgetagen strömten 20.000 bis 30.000 Menschen auf den Hambacher Schlossberg. Die Gründe für die größte politische Demonstration der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren vielschichtig: auf der einen Seite die Überbevölkerung und die Wirtschaftskrise des bayerischen Rheinkreises, auf der anderen die Besonderheit seiner politischen und juristischen »Institutionen«. Sie waren das Erbe der Jahre 1797 bis 1814, in denen das linke Rheinland Teil der französischen Republik und des napoleonischen Kaiserreichs gewesen war. Dieses Erbe umfasste die Bauernbefreiung, die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden, die freie Ansässigmachung und die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit, den Freihandel, die Trennung von Justiz und Verwaltung, Geschworenengerichte sowie die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren.

Der Rheinkreis war somit der modernste Regierungsbezirk des Deutschen Bundes, aber auch der am dichtesten besiedelte Bayerns.

»Forstfrevel« und Massenarmut – die soziale Lage in der Pfalz

Seit den 1820er Jahren schwoll der Strom der Auswanderer in die Vereinigten Staaten wieder an. Dies überrascht angesichts der wirtschaftlichen Not nicht: Die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden verstärkte die Zersplitterung der durch die traditionelle Erbteilung ohnehin meist kleinen bäuerlichen Betriebe. Zwar konnten in der Vorderpfalz die Nachteile des Streubesitzes durch den Anbau von Wein oder Tabak wettgemacht werden, aber die Nord- und Westpfalz avancierten zu klassischen Gebieten der ländlichen Massenarmut. Überdies hatten die staatlichen Verwaltungen seit dem späten 18. Jahrhundert den Wald als Finanzquelle entdeckt und verboten jegliche Waldnutzung durch die Dorfbewohner. Für die aber war der Wald überlebensnotwendig, denn er lieferte Bau- und Brennmaterial; Kräuter, Pilze oder Beeren ergänzten die kargen Mahlzeiten; Laub diente als Streu in den Ställen und im Winter trieb man Schweine oder Ziegen in den Wald, um die Kosten für die Stallfütterung zu senken. All dies sanktionierten die Behörden: 1828/29 stieg die Zahl der wegen

Forstfrevels angeklagten Pfälzer auf knapp 100.000, eine bei einer Gesamtbevölkerung von rund 500.000 exorbitante Zahl.

Hinzu kam die hohe steuerliche Belastung der Pfälzer: So erhob das Königreich bis zum 1. Oktober 1831 die französische Kriegsteuer weiter, die Grundsteuer war in der Pfalz zweimal, die Familien- bzw. Personalsteuer sowie die Gewerbesteuer viermal höher als rechts des Rheins. All dies vermehrte die Klagen über die Ausaugung der Pfalz. Zum Konflikt kam es, als sie im Dezember 1829 in den bayerisch-württembergischen bzw. preußisch-hessischen Zollverein eingegliedert und die bisherige Freihandelszone aufgehoben wurde. Entlang der Grenzen entstanden Mautstellen, wo zahlreiche neue Zollbeamte ihren Dienst versahen. Der Export stockte, zumal Wein und Tabak von den Zollvereinbestimmungen ausgenommen blieben. Zu allem Überfluss waren in den Jahren 1829 bis 1831 durch strenge Winter, Frühjahrsfröste und Hagelschlag im Sommer die Weinlesen ebenso schlecht ausgefallen wie die Getreideernten. Die Brot- und Fleischpreise stiegen und erregten den Unmut gerade der kleinen Leute. Der Widerstand gegen die Forstgesetze sowie die Maut formierte sich, erste Freiheits- oder Beschwerdeebäume wurden gepflanzt. Der Zweibrücker Anwalt Joseph Savoye setzte sich 1830 in seiner Flugschrift »Freies Wort – Die Maut im königlich bayerischen Rheinkreis« für die Handelsfreiheit ein und lästerte: »Die Franzosen hätten die Pfalz reich gemacht, die Bayern stürzten sie in bitterste Armut«. Parallel begann Philipp Jakob Siebenpfeiffer in seiner Zeitschrift »Rheinbayern« nicht nur den Erhalt der Institutionen, sondern auch die Lostrennung von Bayern zu fordern.

Volksaufstände und Migration in Europa

Nicht übersehen werden darf, dass seit Sommer 1830 in Europa zahlreiche Konflikte eskalierten. Die französische Julirevolution von 1830 wirkte wie die Große Revolution von 1789 als Fanal. Schon im August folgte der Aufstand in den südlichen Niederlanden, an dessen Ende sich das Königreich Belgien konstituierte, im November folgte der polnische Aufstand, den zahlreiche Polen-Hilfsvereine unterstützten und dessen blutige Niederschlagung durch die Truppen des Zaren Europa erschütterte. Der Durchzug tausender polnischer Emigranten, die von Dezember 1831 bis Februar 1832 ins französische Exil marschierten, politisierte die Bevölkerung, allen voran in der Pfalz, wo Ende Januar 1832 die Gemeinden die Polen emphatisch feierten. Rechnet man die Aufstände in Italien ebenso hinzu wie die in den Königreichen Hannover und

Sachsen, im Kurfürstentum Hessen, im Herzogtum Braunschweig sowie in den Großherzogtümern Hessen-Darmstadt und Baden, gewinnt die Fragilität der europäischen Mächteordnung Kontur. Auch in Bayern spitzte sich die politische Lage zu. In München kam es 1830 zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Burschenschafnern und in der Zweiten Kammer wuchs sich der Landtag zum »langen, leidigen« aus, nachdem die Regierung am 28. Januar 1831 die Pressefreiheit aufgehoben hatte.

Pfälzer Opposition und bayerische Zensur

Zum Helden der Presse und der pfälzischen Opposition avancierte der Zweibrücker Rechtsanwalt Friedrich Schüler, der als Vorsitzender des Finanzausschusses maßgeblichen Anteil an der Kürzung der aus der Staatskasse an den König und die königliche Familie gezahlten Beträge hatte. Bei seiner Rückkehr wurde er triumphal empfangen und anlässlich des sog. Schülerfests trat der »Deutsche Preß- und Vaterlandsverein« ins Leben, dessen Mitglieder die Arbeit der freien Presse unterstützen sollten. Fünf Tage später verkündete eine in 50.000 Exemplaren verbreitete Flugschrift Johann Georg August Wirths mit dem Titel »Deutschlands Pflichten« die Gründung des überall rasch wachsenden »Preß- und Vaterlandsvereins«. Wirth war auf Empfehlung Schülers Anfang 1832 in die Pfalz gekommen, weil dort, wie der Jurist ihm versicherte, die Zensur aufgrund der französischen Gesetze nicht so streng gehandhabt werde wie in München. Doch auch hier verschärfte die Regierung ihre Maßnahmen: Am 2. März verbot sie den »Preß- und Vaterlandsverein«, am 17. Siebenpfeiffers Journal »Der Bote aus dem Westen«. Am 21. März musste Wirths »Tribüne« ihr Erscheinen einstellen, nachdem ihr Herausgeber am 16. verhaftet worden war. Doch all dies beruhigte die öffentliche Meinung nicht. Als das Zweibrücker Appellationsgericht Wirth am 14. April 1832 freisprach, weil die Zensur einen Eingriff in die freie Berufswahl bedeute und dem Redakteur ein Notwehrrecht gegen verfassungswidrige Angriffe auf die Freiheit der Presse einräumte, feierte die Opposition dies mit einer in 60.000 Exemplaren verbreiteten Flugschrift.

»Der Deutschen Mai« – Vorbereitung des Hambacher Festes

Am 16. April 1832 lud ein Artikel in der »Neuen Speyerer Zeitung« auf das Hambacher Schloss ein, um am 26. Mai den Jahrestag der 1818 verabschiedeten bayerischen Verfassung zu feiern. Zwei Tage später konterkarierte Sieben-

pfeiffer diese Einladung mit seinem von 34 Bürgern Neustadts unterzeichneten Artikel »Der Deutschen Mai«, in dem er aufrief, am 27. Mai nach Hambach zu kommen, um ein Fest der Hoffnung zu feiern: »Nicht gilt es dem Errungenen, sondern dem zu Erringenden, nicht dem ruhmvollen Sieg, sondern dem mannhaften Kampf für die Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde«. Einen Tag später forderte Wirth in seinem »Aufruf an die deutschen Volksfreunde« Volkssouveränität und nationale Einheit. Die politische Missstimmung wuchs. In vielen Gemeinden erinnerten Maueranschläge und Freiheitsbäume an die Große Französische Revolution. Am 8. Mai verbot der neue Regierungspräsident Freiherr von Andrian-Werburg das Fest. Er war erst am 10. Februar 1832 in den Rheinkreis gekommen, um – wie die Pfälzer argwöhnten – ihre Institutionen der »Franzosenzeit« abzuschaffen. Die öffentlichen Proteste nahmen zu. Die Pfälzer Juristen führten den Nachweis, dass das Festverbot gegen die in der Pfalz geltenden Gesetze verstieß. Aber Andrian-Werburg hielt sein Verbot aufrecht. In einem in 100.000 Exemplaren verbreiteten Flugblatt rechtfertigte er das Verbot und forderte in München militärische Unterstützung an, da »nun jedermann nach Hambach zu gehen gedenke«. Aber der Kriegsminister sah sich außerstande, die geforderten Soldaten innerhalb kurzer Zeit in die Pfalz zu verlegen. Zudem kam die Regierung zu der Auffassung, dass ein Verbot mit »den bestehenden Gesetzen« nicht zu begründen sei und mahnte zur Vorsicht. Doch da sie Andrian-Werburg nicht in den Rücken fallen wollte, billigte sie das Verbot. Unterdessen häuften sich in der Pfalz die Schreckensmeldungen: Die Landauer Behörden teilten mit, die Verpflegung der für die Durchsetzung des Verbots vorgesehenen Soldaten sei nicht möglich, da niemand bereit sei, Waren für deren Verpflegung zu verkaufen. Am 16. Mai forderte der pfälzische Landrat in einer Eingabe an den König, das Verbot aufzuheben, was Andrian-Werburg einen Tag später auch ins Werk setzte. Ja, am 21. Mai gestattete er sogar bayerischen Beamten die Teilnahme und hob das von München verkündete Einreiseverbot auf. Die Opposition triumphierte: Noch vor Beginn des Fests hatte sie durch den Wankelmut Andrian-Werburgs ihr Ziel, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, erreicht.

»Nun kommt der Völkerschmaus« – das Hambacher Fest

Im Hochgefühl dieses Siegs machten sich Tagelöhner, Bauern und Handwerker, Ärzte, Rechtsanwälte und Burschenschafter auf nach Hambach. Eingeleitet

wurde das Fest am Abend des 26. Mai im Neustadter Schießhaus: Hier versammelten sich – neben den pfälzischen Liberalen und Journalisten – die aus Paris bzw. Straßburg angereisten Schriftsteller Ludwig Börne und Harro Harring, der Abgeordnete der Straßburger »Gesellschaft der Volksfreunde«, Lucien Rey, sowie Mitglieder des polnischen Nationalkomitees in Paris. Aber schon in den ersten Debatten brachen Widersprüche auf: Wirth wollte wegen der Anwesenheit der Franzosen seine Rede absagen, das Komitee des Pressvereins wollte den pfälzischen Charakter des Fests gewahrt wissen und die Burschenschafter fragten, ob man wieder nur reden wolle.

Diese Differenzen traten in den Hintergrund, als sich am 27. Mai um 9.00 der Festzug der mit schwarz-rot-goldenen Kokarden geschmückten Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Neustadter Marktplatz in Bewegung setzte und unter Absingen patriotischer Lieder auf den Schlossberg zog. Siebenpfeifer hatte den Festgesang »Hinauf Patrioten zum Schloss!« gedichtet; populärer war jedoch der in Frankfurt entstandene Rundgesang »Fürsten zum Land hinaus, nun kommt der Völkerschmaus!«, der in vielen Strophen alle Regenten des Deutschen Bundes bedachte: »Erst jagt den Kaiser Franz, dann den im Siegerkranz« und mit den Versen »Nun ist's im Lande Raum, jetzt pflanzt den Freiheitsbaum!« endete. Die Motive der nach Hambach Gekommenen waren an den Fahnen abzulesen. Denn neben der Neustadter schwarz-rot-goldenen Fahne mit der Inschrift »Deutschlands Wiedergeburt« machten die schwarze bzw. grüne Fahne der Dürkheimer Winzer mit ihren Inschriften »Die Weinbauren müssen trauern« bzw. »Die Weinbauren hoffen. Die Hoffnung soll leben« auf die durch die Abschaffung des Freihandels ausgelöste Krise des Weinbaus aufmerksam.

Gegen 11.00 erreichte der Festzug die Burgruine, wo der Neustadter Arzt Dr. Philipp Hepp in Vertretung des erkrankten Johann Jakob Schopmann die Anwesenden begrüßte. Siebenpfeifer beschwor anschließend nicht nur den Geist Hermann des Cheruskers, sondern auch im Namen Martin Luthers die »politische Vollendung der Reformation«, die Schaffung eines protestantischen Nationalstaats. Deutschland brauche einen politischen Luther, dem Völkermai müsse endlich die Völkerernte folgen. In sein Hoch auf Vaterland, Volkshoheit und Völkerbund bezog er ausdrücklich die Polen und das vorbildhafte französische Nachbarvolk mit. Demgegenüber war Wirths Rede gespickt mit Angriffen auf die Franzosen und das Komitee des Pressvereins. Er verlangte einen neuen Bund der Oppositionsjournale, die sich einem gemeinsamen nationalen Programm unterzuordnen hätten. Doch diese Differenzen blieben der Mehrzahl

der Festteilnehmer verborgen, denn sie konnten die Reden gar nicht hören. Es verwundert daher nicht, dass einige der 21 Redner ihre Ansprachen an unterschiedlichen Standorten wiederholten. Dass in der offiziellen Festbeschreibung indes einige Reden fehlen, hatte ausschließlich politische Gründe. Denn die Ansprachen des Dürkheimer Winzers Johann Fitz, des Sembacher Pfarrers Johann Heinrich Hochdörffer, des Stuttgarter Journalisten Rudolf Lohbauer oder des Burschenschafters Daniel Pistor schlugen weitaus revolutionärere, ja sozialrevolutionäre Töne an. Die Klagen über das durch die Missernten der Jahre 1829 bis 1831 gesteigerte Elend der Bevölkerung widersprachen den Versuchen des Redaktionskomitees, jeden Anschein zu vermeiden, die Festredner hätten zum gewaltsamen Umsturz aufgerufen, zumal es in den Folgetagen in vielen Gemeinden der Pfalz zu Unruhen oder zur Stürmung der Wochenmärkte kam. Heimkehrende Festteilnehmer pflanzten Freiheitsbäume, überschritten die Polizeistunde oder forderten den Rücktritt von Bürgermeistern.

Für die Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieben die Kontroversen in politischen und praktischen Fragen. Siebenpfeiffers Aufforderung zur Wahl von Vertrauensleuten aller deutscher Regionen, um dem Frankfurter Bundestag ein nationales »Zentralkomitee« des »Preß- und Vaterlandsvereins« entgegenstellen zu können, konnte sich gegen das Argument, viele Gegenden seien gar nicht oder nur unzureichend vertreten, nicht durchsetzen. So blieb es bei der Übereinkunft, die Festbeschreibung in die Hände Siebenpfeiffers und Wirths zu legen und in Zukunft drei Journale des Preßvereins herauszugeben. Mit diesem für viele unbefriedigenden Ergebnis endete das offizielle Programm des Fests, das auf dem Schlossberg indes bis zum 1. Juni fortgesetzt wurde, da in den Folgetagen immer neue Besucher nach Hambach kamen.

»Anarchie« und »Strafbayern« – die Reaktion schlägt zurück

Der Gegenschlag der Obrigkeit ließ nicht lange auf sich warten. Metternich sprach vom Hambacher »Skandal«, der österreichische Gesandte in Stuttgart glaubte, gar die »grinsenden Züge der Anarchie und des Bürgerkriegs« gesehen zu haben. Dem zunehmenden Druck von außen konnte sich die bayerische Regierung nicht entziehen: Am 7. Juni erhob sie Anklage gegen die Redner von Hambach, am 15. Juni erließ sie Haftbefehle gegen die führenden Oppositionellen, am 16. brach Generalleutnant Freiherr von Lamotte mit 8.500 Mann, den in der Pfalz verhöhnten »Strafbayern«, auf, um den Rheinkreis zu befrieden.

Am 22. Juni beorderte König Ludwig den mit Sondervollmachten ausgestatteten Feldmarschall von Wrede in die Pfalz, um die Ordnung wiederherzustellen. Politische Vereine und öffentliche Versammlungen wurden ebenso verboten wie das Zeigen schwarz-rot-goldener Fahnen oder Kokarden. Den Schlusspunkt setzte der Landauer Prozess, der im Juli 1833 gegen sieben anwesende Angeklagte eröffnet wurde, die anderen waren nach Frankreich oder in die Schweiz geflohen. Mehr als 700 Zuhörer verfolgten die Verhandlungen, welche die Angeklagten zu ausgiebigen Verteidigungsreden nutzten – allein Wirths sogleich gedruckte Ausführungen dauerten acht Stunden. Die Frage, ob sich die Angeklagten der direkten Anstiftung zum Umsturz der Regierung schuldig gemacht hätten, verneinten die Geschworenen und sprachen sie frei. Aber noch bevor das Urteil sich wie ein Lauffeuer über die Pfalz verbreitet hatte, wurden Siebenpfeiffer und Wirth auf Befehl König Ludwigs in Präventivhaft genommen und wegen anderer Vergehen zu zwei Jahren Haft verurteilt, die nur Wirth absaß. Siebenpfeiffer konnte aus dem Frankenthaler Gefängnis entfliehen.

Prof. Dr. Wilhelm Kreutz, Vorsitzender der Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung

Ein ausführliches, vierteiliges Interview mit Prof. Dr. Wilhelm Kreutz zu den Hintergründen, Abläufen und zur heutigen Bedeutung des Hambacher Festes ist auf dem Hambach-Blog veröffentlicht: hambacherfest1832.blog/kreutzwilhelm-interview

Das Hambacher Fest und die Geburt der freien Presse



Von Helmut Orpel

Das Hambacher Fest 1832 war ein Höhepunkt der deutschen Demokratiebewegung vor der Revolution von 1848/49. Im Zentrum dieser Bewegung stand die Forderung nach einer einheitlichen demokratischen Verfassung für die souveränen Fürstentümer, die damals im Deutschen Bund zusammengeschlossen waren. Rund die Hälfte dieser Fürstentümer hatte Verfassungen, unter anderem Bayern, zu dem damals der Rheinkreis, wo das Fest stattfand, gehörte. Diese bayerische Verfassung, die verglichen mit den anderen Verfassungen der Staaten des Deutschen Bundes als liberal galt, war seit dem 26. Mai 1818 in Kraft. Der Jahrestag ihrer Einführung bildete den offiziellen Anlass für die ursprüngliche Einladung auf das Hambacher Schloss, die Siebenpfeiffer zum Anlass für seine Einladung nahm.

Feste waren Formen der öffentlichen Manifestation. Sie dienten vor allem dem Zweck, die Verbote von politischen Versammlungen zu umgehen. Dabei wird deutlich, wie heterogen die Demokratiebewegung im Vormärz, wie die Jahrzehnte vor der Märzrevolution von 1848 genannt werden, war. Im Gegensatz zum national-evangelischen, universitär geprägten Wartburgfest von 1817 wurde in der Pfalz der europäische Gedanke gefeiert. Teilnehmer aus Frankreich und Polen waren eingeladen und kamen zu Wort. Frauen wurden im Auf Ruf dezidiert zur Teilnahme aufgefordert.

Anders beim Wartburgfest von 1817: Studenten und Universitätslehrer feierten 1817 auf der Wartburg den 300. Jahrestag des Thesenanschlags von Martin Luther in Wittenberg und gleichzeitig den 4. Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig. Dieser Zusammenhang zeigt, wie Martin Luther im Kontext der nationalen Wiedergeburt Deutschlands gesehen wurde. Die Reden waren dementsprechend franzosenfeindlich und zeigten auch antisemitische Tendenzen. Schließlich offenbarte sich die Geisteshaltung der Protagonisten in der Bücherverbrennung, bei der sowohl der Code Civil als auch das Buch eines jüdischen Verfassers, Saul Ascher, dessen Inhalt nicht in die aufgeheizte nationale Euphorie der etwa fünfhundert versammelten Urburschenschaftler passte, ins Feuer flogen. Das blieb nicht wirkungslos. Das Attentat auf den Schriftsteller und Dramatiker August von Kotzebue im März 1819 in Mannheim wurde als

Nachwirkung des Wartburgfestes verstanden. Dieser Mord wurde von dem Studenten Karl Ludwig Sand begangen, der darin eine patriotische Tat sah. Sand war Teilnehmer des Wartburgfestes. Ebenso wurden die antijüdischen Krawalle von 2. August 1819 in Würzburg in den Zusammenhang mit dem Wartburgfest gestellt, was schließlich zu den Karlsbader Beschlüssen und somit zur Unterdrückung jeglicher freien Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit sowie zum Verbot der Burschenschaften führte.

Zeitungen als Organe der Meinungsbildung

Hatte die Stimmung in den deutschen Landen unmittelbar nach den Befreiungskriegen gegen den Tyrannen Napoleon einen stark nationalchauvinistischen Charakter, so war das Hambacher Fest von anderen Motiven geprägt. Inspiriert durch die Julirevolution von 1830 in Frankreich, durch den polnischen Aufstand und die belgische Revolution von 1831 ist dieses Fest, bei dem zwischen zwanzig- und dreißigtausend Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten – sowohl Männer als auch Frauen – die Demokratie feierten, ein Signal, dass das Volk vom willenslosen Objekt der Geschichte zum bewusst handelnden Subjekt geworden ist. Was waren die Voraussetzung dieser Entwicklung?

Wie aus den Biografien der Initiatoren des Hambacher Festes, Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1798–1845) und Johann Georg August Wirth (1798–1848), hervorgeht, war eine wesentliche Voraussetzung des Erfolgs die Tatsache, dass im westlichen Teil Europas und darüber hinaus in Großbritannien und Skandinavien, ein Pressewesen entstanden war, das trotz Zensur immer mehr an Einfluss gewann. Im Zentrum dieser Entwicklungen standen Zeitungen. Diese unterschieden sich deutlich von ihren Vorläuferinnen, die ab dem frühen 17. Jahrhundert die mediale Kommunikation in Westeuropa bestimmten. Wesentliche Unterschiede waren einerseits die Verbreitung und Auflagehöhen, andererseits die Regelmäßigkeit, Aktualität sowie das redaktionelle Konzept. Auch von den technischen Voraussetzungen hatten sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts Neuerungen ergeben. So machte die von Friedrich König 1813 erfundene Schnellpresse den schnellen Druck hoher Zeitungsauflagen möglich und schuf damit die Voraussetzung, um die Zeitung als Motor des Meinungsbildungsprozesses zu etablieren.

Die frühen Zeitungen, wie zum Beispiel die von Johann Carolus 1609 in Straßburg herausgegebene »Relation« hatten in erster Linie informativen Charakter und sorgten zum Beispiel in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges

für zuverlässige Nachrichten über Handelswege und Frontverlauf. Vertrieben wurden diese Publikationen über Post- und Kurierdienste, was sich auch heute noch in manchem Zeitungsnamen widerspiegelt: Morgenpost, Weserkurier etc. Politische Statements und Agitation wurden weniger über die Zeitungen, sondern in erster Linie über Flugblätter und andere Einblattdrucke publiziert, die mit Holzschnitten etc. versehen waren, oder mit einfachen, meist religiös motivierten Texten, womit das einfache Volk, das kaum des Lesens und Schreibens kundig war, unterrichtet werden konnte. Solche frühen Massenmedien unterschieden sich dadurch von Zeitungen, dass sie nicht regelmäßig, also periodisch, erschienen und meist anonym herausgegeben wurden.

Zeitungen neuen Typus gab es zunächst in den englischen Kolonien Nordamerikas und wurden zu wichtigen Organen innerhalb des Meinungsbildungsprozesses der jungen Nation. Im Widerstand gegen die Kolonialmacht Großbritannien kam den Redakteuren dieser Zeitungen neben der Rolle des Berichterstatters, die des Interpreten, bisweilen sogar die des Protagonisten zu. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist der Publizist und Verleger Benjamin Franklin (1706–1790), der bereits 1729 als Zeitungsverleger in Erscheinung trat und mit der »Pennsylvania Gazette« (1729–1777) eine der ersten langlebigen und unabhängigen Zeitung im modernen Sinn schuf. 1776 gehörte Franklin zu den Unterzeichnern der amerikanischen Verfassung und gilt somit als einer der Gründerväter der USA.

In Frankreich fanden während der Revolution von 1789 ebenfalls innovative Entwicklungen in der Medienlandschaft statt. Ein Beispiel hierfür ist die Zeitung »L'ami du peuple«, die Jean Paul Marat herausgab. Später erschien die Zeitung »Le Moniteur« als offizielles Staatsorgan sowohl mit staatlichen Verlautbarungen als auch mit klassischen Zeitungsrubriken wie Außenpolitik und Wirtschaftsnachrichten. Die Redaktion dieser Zeitung stand sowohl während der Republik als auch in Napoleons Kaiserreich unter strenger staatlicher Kontrolle.

Verbrannten die Studenten, wie erwähnt, auf dem Wartburgfest den Code Civil als Symbol der französischen Fremdherrschaft über die deutschen Lande, versprach andererseits dieses Gesetzeswerk, das in den Jahren des Hambacher Festes in Rheinbayern und im Rheinland noch Gültigkeit besaß, den Publizisten im Vergleich zu ihren Kollegen in den anderen Staaten des Deutschen Bundes mehr Freiheiten. In Bayern gab es eine Vorzensur, die vor den Druck geschaltet war. Die Liberalität des Inhalts hing dabei vom jeweiligen Zensor ab. Mancherorts wurde diese Vorzensur äußerst offen gehandhabt. Das war auch

der Grund, weshalb – neben dem seit Jahren in der Pfalz tätigen und publizierenden Philipp Jakob Siebenpfeiffer – der andere Initiator des Hambacher Festes, Johann Georg August Wirth, seine publizistische Tätigkeit 1832 in die Rheinpfalz verlegte. Hier bestanden auch die idealen technischen Voraussetzungen, denn der Zweibrücker Drucker Georg Ritter, der im Januar 1832 seine Firma nach Homburg verlegte, besaß eine moderne Schnellpresse.

Der »Bote aus dem Westen« von Siebenpfeiffer und die »Deutsche Tribüne« von Wirth entsprachen sowohl im Format, der periodischen Erscheinungsweise und dem inhaltlich-redaktionellen Aufbau amerikanischen Vorbildern. Dies wird nicht zuletzt im Editorial des Boten zur ersten Ausgabe deutlich. Dort heißt es:

»Die Zeit, oder das Wort der Zeit, sind nicht die Buchstaben, sind nicht das Papier, diese sind tot, wenn der lebendige Odem der Zeit sie nicht beseelt, jener flüchtige, unantastbare Aether, jener Lebensgeist, der in den Begebenheiten und Ereignissen verborgen sitzt, sie erregt und erzeugt, den Absichten der Vorsehung gemäß, und wirken lässt. Keine Zeitung kann diesen Odem in eine Flasche fangen und ihren Lesern einhauchen; aber das vermag sie, dass sie den Leser auf den rechten Standpunkt stellt, um das unendliche Getriebe der Zeit zu überblicken, dass sie des Lesers geistiges Auge schärft, um über dem Getriebe schwebenden Zeitgeist zu erschauen, sie soll des Lesers Ohr üben, um des Geistes Stimme zu vernehmen, sie soll des Lesers Gemüt bereiten, damit die Lichtfunken der Wahrheit ihn entzünden.«

Aufbruchstimmung und Reaktion

War das Pressewesen in Rheinbayern durch die französischen Rechtsgrundlagen begünstigt, kam noch ein anderer Umstand hinzu: Unter König Ludwig I. von Bayern herrschte bis zur Julirevolution von 1830 ein liberales Klima. Dies hatte auch Johann Friedrich Cotta (1764–1832) dazu bewogen, den Sitz seiner seit Ende des 18. Jahrhunderts in Württemberg erscheinenden »Allgemeinen Zeitung« nach Augsburg zu verlegen. Diese Zeitung ist im Zusammenhang mit dem Hambacher Fest auch bezüglich eines Teilnehmers erwähnenswert, nämlich dem seit 1830 in Paris lebenden Carl Ludwig Börne (1786–1837), der als Wegbereiter des literarischen Feuilletons gilt und einer der Ehrengäste des Hambacher Festes war. Börne, der prominenteste Mitarbeiter der »Allgemeinen Zeitung«, stand in engem, aber nicht immer konfliktfreien Kontakt zu Heinrich Heine, den Wirth auch gerne als Autor der »Deutschen Tribüne« gewonnen hätte.

Liberaler Politiker fanden Unterstützung bei den Redakteuren. Ein leuchtendes Beispiel hierfür ist der Zweibrücker Landtagsabgeordnete Friedrich Schüler (1791–1873). Bei dem sogenannten Schüler-Fest am 29. Januar 1832, einem zu seinen Ehren ausgerichteten Bankett, kam es zur Gründung des »Press- und Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse«, dem organisatorischen Träger des Hambacher Festes. Solche Bankette, die man aus Frankreich übernommen hatte, boten, ähnlich wie die Feste, Gelegenheit zum politischen Diskurs. Dieser Verein hatte schon in den ersten Monaten seiner Gründung fünftausend Mitglieder, die sich per Statut zur finanziellen, inhaltlichen und organisatorischen Unterstützung der Zeitungen verpflichteten. Von den 32 Bürgern, die für den 27. Mai 1832 zum Hambacher Fest einluden, gehörten bereits 20 dem »Press- und Vaterlandsverein« an.

In den Wochen nach dem Hambacher Fest fanden zahlreiche Verhaftungen statt. Nur wenigen, zum Beispiel Friedrich Schüler, gelang die Flucht ins Ausland. Am 18. Juni 1832 wurde Siebenpfeiffer in Haardt verhaftet. Auch Wirth wurde um die gleiche Zeit festgenommen und kam zusammen mit den anderen Angeklagten in Landau vor Gericht. Bei diesem Prozess wurden alle Angeklagten freigesprochen. Die beiden Hauptakteure wurden allerdings im Anschluss erneut wegen Beamtenbeleidigung angeklagt. Siebenpfeiffer gelang nach einem Jahr die Flucht aus dem Zuchthaus Frankenthal. Wirth saß seine zweijährige Haftstrafe in Kaiserslautern ab und ging anschließend, wie Siebenpfeiffer vorher, in die Schweiz ins Exil. Von dort übersiedelte Wirth 1847 nach Baden. Eine kurze politische Karriere bescherte ihm das Jahr 1848, in dem er in die Nationalversammlung gewählt wurde. Er verstarb am 26. Juli 1848. Die Rede an seinem Grab hielt Robert Blum.

Dr. Helmut Orpel, freier Journalist und Romanautor, promovierte 1995 im Fach Kunstgeschichte an der Universität Heidelberg mit einer Arbeit über die Rolle der Kunst im spanischen Bürgerkrieg (1936–1939), war bis 2021 Lehrbeauftragter an der Hochschule Mannheim, Fachbereich Gestaltung, unterrichtete dort u.a. Design- und Mediengeschichte.



Demokratie »von unten«: Die Bedeutung des Hambacher Fests für den 1848er Julius Fröbel

Von Annika D’Avis

Das Hambacher Fest ist eines der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte. Mit den Ideen von Presse- und Meinungsfreiheit, Volkssouveränität, nationaler Einheit und (Geschlechter)Gleichheit gilt es nicht nur als Wegbereiter der Demokratiebewegung, sondern beeinflusste auch direkt die Vorreiter der 1848er Revolution.

Julius Fröbel (1805–1893) war eine der wichtigsten Figuren des Vormärz und vertrat die zentralen Forderungen des Hambacher Festes. Fröbel war ein politisches Kind der Kämpfe von 1832 und verarbeitete diese in seiner Idee von Demokratie. Seine damaligen Überlegungen haben auch für die aktuelle Debatte um Demokratie noch Relevanz. Er unterhielt enge Kontakte zu Teilnehmern des Hambacher Festes. Nach dem Tod von Johann Georg August Wirth nahm Fröbel 1848 als Mitglied der Fraktion »Donnersberg« dessen Platz in der Frankfurter Nationalversammlung ein. Zwischenzeitlich war Fröbel als Vorsitzender des »Zentralausschusses der deutschen Demokraten« der entscheidende Mann der demokratischen Bewegung und arbeitete bis zuletzt im Rumpfparlament in Stuttgart. Neben Robert Blum gehörte Fröbel zur Delegation der »Vereinigten Linken«, die aktiv in der Wiener Oktoberrevolution 1848 kämpfte. Im Gegensatz zu Blum, den der habsburgische Feldmarschall Windisch-Graetz nach seiner Verhaftung exekutieren ließ, wurde Fröbel begnadigt und emigrierte später nach Amerika.

Demokratie »von unten« durch institutionelle Innovationen

In seiner politischen Karriere setzte sich Fröbel für Grundideen ein, die er bereits 1847 in seiner Publikation »System der socialen Politik« darlegte und welche von den Forderungen des Hambacher Festes beeinflusst wurden. Er sieht Demokratie als historische Notwendigkeit und nicht mehr aufzuhaltendes Regierungssystem. Demokratie garantiert für ihn individuelle Freiheit und ge-

sellschaftliches Miteinander auf zivilisierter, freiheitlicher Basis. Die erste Säule seiner Demokratiekonzeption stellt folglich die Freiheit und Gleichheit aller Bürger_innen dar, wobei Fröbel bereits explizit für die politische Emanzipation der Frauen eintritt. Fröbel erachtet alle Menschen als gleichermaßen befähigt oder lernfähig für politische Partizipation, sodass er gleiche Beteiligungschancen auf kommunaler sowie nationaler Ebene fordert.

Volkssouveränität ist eine weitere Säule seiner Demokratietheorie. In Anlehnung an Rousseau ist für Fröbel das Volk der gesetzgebende Souverän. Regeln und Gesetze müssten dabei durch Mehrheitsentscheide verabschiedet werden, denen eine inklusive gesellschaftliche Debatte aller Bürger_innen vorausgeht. Für die gesellschaftliche Diskussion und die direkte politische Partizipation aller Bürger_innen schreibt Fröbel Institutionen fest, welche aus heutiger Perspektive als »innovativ« gelten dürften: Föderale Versammlungen und Gemeindeselbstverwaltungen sollen die kommunale politische Teilhabe sicherstellen. Partizipation begrenzt Fröbel jedoch nicht auf die Gemeindeebene, sondern weitet sie mit der Idee einer »Urversammlung« auf die nationale Ebene aus. Als verfassungsgebende Institution ist auch die Urversammlung als breite Deliberationsplattform zwischen Bürger_innen gedacht. Demokratie floriere nur »von unten«: Die Volkssouveränität müsse von der Mikro- bis zur Makroebene verankert sein. Dafür steht auch das Hambacher Fest.

Deliberation, Partizipation und »theoretische Propaganda«

Bereits im 19. Jahrhundert entwickelt Fröbel direktdemokratische Elemente, die von repräsentativen Institutionen wie Parteien flankiert werden. Fröbel widmet sich dabei auch einem weiteren Knackpunkt aktueller Debatten: Wie kann politische Deliberation und direkte politische Beteiligung von Bürger_innen gelingen? Dafür bedürfe es zweier Voraussetzungen: Volksbildung und sozialer Sicherheit. Politische Bildung, sozialstaatliche Elemente und gegenseitige Aufklärung durch offene Diskussionen bildeten die Voraussetzung für Mündigkeit in Demokratien. Unzensurierter, offener Meinungsaustausch, von ihm auch »theoretische Propaganda« genannt, sei die fundamentale Notwendigkeit für gelingende Diskussion. Der freie Zugang zu Informationen über Presse- oder Bildungseinrichtungen und gegenseitige Aufklärung bzw. diskursive Überzeugungsarbeit von Bürger_innen sind nicht nur Kernforderungen Fröbels, sondern auch des Hambacher Festes.

Demokratie: Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle

Das Hambacher Fest war die Initialzündung für demokratische Forderungen, die sich auch in der 1848er Revolution wiederfinden. Für Fröbel, als Repräsentant dieser Ideen, ist Demokratie das einzige System, welches Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle garantieren könne. Er trägt die Hambacher Ideen von einer partizipatorischen, föderalen und diskursiven Demokratie in die politische Arena der Frankfurter Paulskirche und durch seine Schriften ebenfalls in die politische Ideengeschichte. Durchgesetzt wurden seine Ideen freilich nicht. In diesen Schriften schlummern noch immer eine Menge Vorschläge für demokratische Innovationen. Dass aktuell genau solche Ideen wieder zur Diskussion stehen, zeigt, dass Demokratie ein Prozess ist, der »von unten« stetig reflektiert, modifiziert und belebt werden muss.

Annika D’Avis ist Stipendiatin der Gerda-Henkel Stiftung und Doktorandin im Projekt »Der Blick nach unten. Soziale Konflikte in der Ideengeschichte der Demokratie« an der Technischen Universität Darmstadt.

Initiativgruppe #2022HAMBACH1832

Herausgeber der Broschüre sowie Veranstalter des politisch-kulturellen Programms »Gesicht zeigen – Demokratie leben« am 28.5.2022 in Neustadt ist die Initiativgruppe #2022HAMBACH1832, ein Gruppe von Personen aus der Region zwischen Landau, Neustadt und Mannheim. Die Initiative hatte bereits 2021 »Demokratietage Hambach« mit mehr als 20 Veranstaltungen organisiert.

Matthias Bahr, Kreativ für Menschenrechte e.V., Landau

Elke Kimmle, Regionales Bündnis gegen Rechts, Neustadt

Bernd Köhler, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832, Mannheim

Wilhelm Kreutz, Hambach Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung, Mannheim

Manfred Nickel, Regionales Bündnis gegen Rechts, Neustadt

Helmut Orpel, Mannheim

Ruth Ratter, Kreativ für Menschenrechte e.V., Deidesheim

Ulrich Riehm, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832, Mannheim

Rainer Steen, Freundeskreis Hambacher Fest von 1832, Mannheim

Wolfgang Thiel, SPD Südpfalz, Hergersweiler

Francesca Vidal, Kreativ für Menschenrechte e.V., Landau

Mehr zu den Personen der Initiativgruppe auf hambacherfest1832.blog/2022/05/09/initiativgruppe-2022hambach1832

Spendenaufruf

Das Programm »Gesicht zeigen – Demokratie leben« findet für alle »umsonst und draußen« statt. Für den Druck dieser Broschüre und die Honorare der mitwirkenden KünstlerInnen am 28.5. rechnen wir mit Kosten von einigen Tausend Euro. Dafür werben wir Beiträge bei Stiftungen, Organisationen und Privatpersonen ein. Zeigen Sie Ihre Unterstützung nicht nur durch Ihr Kommen nach Neustadt am 28.5., sondern auch durch eine Spende.

Kreativ für Menschenrechte e.V.

IBAN: DE96 5486 2500 0002 7622 18

BIC: GENODE61SUW

Betreff: Gesicht zeigen

Die Spende ist steuerlich absetzbar. Ein eventueller Überschuss geht an die Kinderhilfe Ukraine: Rhein-Neckar für Novograd-Volynskij e.V.

»Gesicht zeigen – Demokratie leben« findet statt in Kooperation mit Kreativ für Menschenrechte e.V. und wird unterstützt durch die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz.



Gesicht zeigen – Demokratie leben

**Samstag, 28. Mai 2022, 11–18 Uhr,
Marktplatz Neustadt**

Ende Mai jährt sich zum 190. Mal das historische Hambacher Fest von 1832. Die Stadt Neustadt und die Stiftung Hambacher Schloss veranstalten aus diesem Anlass vom 27. bis 29.5.22 »1832 Das Fest der Demokratie '22«.



Die Initiative #2022HAMBACH1832 bringt in das Demokratiefest am 28.5. ein politisch-kulturelles Programm ein unter dem Titel: GESICHT ZEIGEN – DEMOKRATIE LEBEN.

DAS PROGRAMM

JOANA, die Grande Dame des deutschsprachigen Chansons, wird mit Liedern aus dem Vormärz und der Revolution von 1848/49 zu hören sein. Begleitet wird sie von dem bekannten Odenwälder Gitarristen **ADAX DÖRSAM**. Als weitere außergewöhnliche Frauenstimme tritt die Neustadter Jazzsängerin **NICOLE METZGER** auf.

Weitere Akteure sind **VOLKER GALLÉ**, rhein-hessischer Autor, Liedermacher und profunder Kenner der Demokratiegeschichte des Südwestens, **LAURENT LEROI**, in Ludwigshafen lebender Akkordeonist mit Elsässer Wurzeln, sowie der in Neustadt verankerte Sänger und Gitarrist **BRIAN POSCH** mit der Indie-Band **SHIN EN**.

PROF. DR. MARKUS LINDEN, Politologe an der Universität Trier, beleuchtet die Umdeutungsversuche der deutschen und europäischen Demokratiegeschichte durch die neue Rechte.

Angesichts des Kriegs, den Russland gegen die Ukraine führt, und angesichts der europäischen Dimension des Hambacher Festes wollen wir die Solidarität mit DER UKRAINE UND DEN BEI UNS SCHUTZSUCHENDEN zum Ausdruck bringen. Eine Gesprächsrunde zur aktuellen Situation wird musikalisch umrahmt von **VLADIMIR IVANOV** und **IRIS BERTHOLDT**.

Durch das Programm führt **PAULINA SOMMER**.

Weitere und aktuelle
Informationen auf
hambacherfest1832.blog

